

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.  
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.  
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Dr. Dohlan u. Verwaltung: Drag II, Neulanka 15 • Telefon: 26703, 31409, Nachdruck: (ab 21 Uhr): 33535 • Postamt: 37344

12 Jahrgang.

Mittwoch, 26. Oktober 1932

Nr. 253.

## Recht wider Macht:

# Das Staatsgericht verurteilt die Papendiktatur!

Der Leipziger Spruch:

- Der Staatsstreich verfassungsmäßig nicht begründet
- Staatskommissar nur provisorisch
- Die Papenhusaren dürfen Preußen nicht im Reichsrat vertreten.

Leipzig, 25. Oktober. Im Staatsgerichtshof-Projekt der Länder Preußen, Bayern und Baden gegen das Reich verurteilt Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke wenige Minuten nach 2 Uhr folgendes Urteil:

Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen ist mit der Reichsverfassung vereinbar, soweit sie den Reichslanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt und ihm ermächtigt, preussischen Ministern vorübergehend amtliche Befugnisse zu erteilen und diese Befugnisse selbst zu übernehmen oder anderen Personen als Kommissaren des Reiches zu übertragen. Diese Ermächtigung durfte sich aber nicht darauf erstrecken, dem preussischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern die Vertretung des Landes Preußen im Reichsrat, im Reichsrat oder sonst gegenüber dem Reich oder gegenüber dem Landtag, dem Staatsrat oder gegenüber anderen Ländern zu erteilen. Soweit den Anträgen hiernach nicht entsprochen wird, werden sie zurückgewiesen.

## Die Urteilsbegründung.

Ueber den wesentlichen Inhalt der Gründe, von denen der Staatsgerichtshof bei seiner Entscheidung ausgegangen sei, führte der Vorsitzende aus:

Die Kattage, über die der Staatsgerichtshof zu entscheiden hatte, zerfiel in drei Gruppen. Die erste Gruppe bilden die Anträge, die sich unmittelbar gegen die Verordnung vom 20. Juli und deren Auswirkungen richten. Mit der zweiten Gruppe wird eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes darüber angefordert, ob gewisse Maßnahmen auf Grund des Art. 48 niemals und unter keinen Umständen getroffen werden dürfen. Die dritte Gruppe bildet der Antrag, durch einen besonderen Anspruch festzustellen, daß die Behauptungen des Reiches, Preußen habe seine Pflichten gegen das Reich nicht erfüllt, nicht begründet und nicht erwiefen seien.

Eine sachliche Entscheidung über die Anträge der zweiten Gruppe hat der Staatsgerichtshof abgelehnt. Er verneint nicht, daß die Länder ein Interesse daran haben, die Grenzen, die bei Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 den Ländern gegenüber einzuhalten werden müssen, ein für allemal festgelegt zu sehen. Dieses Interesse ist aber politischer Natur und reicht nicht aus, um die Annahme zu begründen, daß eine Streitigkeit im Sinne des Artikels 19 der Reichsverfassung vorliegt.

Auch dem Verlangen, ausdrücklich auszusprechen, daß das Reich dem Lande Preußen zu Unrecht eine Nichterfüllung von Pflichten vorgeworfen habe, konnte keine Folge gegeben werden. Diese Frage ist eine von den zahlreichsten Vorfragen, zu denen der Staatsgerichtshof Stellung nehmen muß, um über die unmittelbare gegen die Verordnung gerichteten Anträge entscheiden zu können. Darauf, daß eine dieser Vorfragen zum Gegenstand eines besonderen Ausspruches im Urteil gemacht werde, haben die Beteiligten kein Recht. An der Antragbefugnis des Landes Preußen und auch der Länder Bayern und Baden gegen die Verordnung vom 20. Juli und ihre Ausführung besteht kein begründeter Zweifel. Auch an der Auffassung, daß Preußen im gegenwärtigen Rechtsstreit durch die am 20. Juli amtierenden preussischen Landesregierung vertreten wurde, hält der Staatsgerichtshof fest. Den beiden Instanzen vermag der Staatsgerichtshof die Antragbefugnis für den vorliegenden Fall nicht zu verweigern.

## Die Preußenregierung hat ihre Pflichten nicht verletzt

Auf Grund der Schreiben des Reichslanzlers am 20. Juli an den preussischen Ministerpräsidenten

und den preussischen Minister des Innern gerichtet hat und auf Grund der Tatsache, daß der Reichslanzler in seinem Schreiben den Ministerpräsidenten Dr. Braun als Ministerpräsident a. D. bezeichnet hat, ist der Staatsgerichtshof der Auffassung, daß durch die Verordnung dem Reichskommissar die Ermächtigung erteilt werden sollte, die preussischen Staatsminister endgültig ihres Amtes zu entheben. Die Prüfung des Staatsgerichtshofes mußte sich daher auch auf die Frage erstrecken, ob eine Ermächtigung dieser Art mit der Reichsverfassung vereinbar ist.

Zunächst war darüber zu befinden, ob die Verordnung vom 20. Juli in dem Abs. 1 des Artikels 48 der Reichsverfassung die erforderliche Stütze findet. Diese Frage hat der Staatsgerichtshof verneint.

Die Auffassung, daß es sich bei den Voraussetzungen des Artikels 48 Abs. 1 um eine rein formale Frage handle, vermag der Staatsgerichtshof nicht zu teilen. Ob ein Land seine Pflichten gegen das Reich nicht erfüllt hat, ist als Tat- und Rechtsfrage in diesem Streitfall dem Staatsgerichtshof nachsprühen.

Die Behauptungen, auf die das Reich den Vorwurf der Nichterfüllung von Pflichten gründet, beziehen sich zum Teil auf Handlungen, die nicht von den verantwortlichen Trägern der Staatsgewalt in Preußen, sondern von nachgeordneten Persönlichkeiten vorgenommen worden sind.

In solchen Handlungen kann eine Pflichtverletzung des Landes Preußen nicht gefunden werden. Auch die Prüfung der Behauptungen des Reiches über die Erfüllung der Pflichten des Landes Preußen gegenüber dem Reich ergibt, daß sie das Maß der gebotenen Zurückhaltung nicht derart überschreiten, daß darin eine Pflichtverletzung des Landes gegenüber dem Reich erblickt werden kann.

Hiernach bleibt zur Stützung der Behauptung einer Pflichtverletzung nur die eine vom Reich am härtesten betonte Anschuldigung übrig, daß die preussische Regierung es an der erforderlichen Loyalität bei der Bekämpfung der kommunistischen Bewegung habe fehlen lassen. Aus den Behauptungen zur Begründung dieser Vorwürfe ergibt sich für keinen der beiden Vorwürfe eine genügende Stütze. Auch Absatz 1 des Artikels 48 kann hiernach die Verordnung vom 20. Juli nicht begründet werden.

## Kein Ermessensmißbrauch des Reichspräsidenten?

Es ist offenkundig, daß die Verordnung vom 20. Juli in einer Zeit schwerer Störung und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassen wurde. Zugleich aber bestand die erste Gefahr, daß die innenpolitische Spannung sich noch weiter steigern und zu einer unmittelbaren Bedrohung der Grundlagen unseres Verfassungslebens auszuweiten werde. Die Voraussetzungen für ein Einschreiten auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 waren danach ohne weiteres gegeben. Aus der Größe der Gefahr ergibt sich zugleich, daß es das Recht und die Pflicht des Reichspräsidenten war, für Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung alle ihm geeignet erscheinenden Mittel anzuwenden, soweit sie mit der Reichsverfassung vereinbar sind. Der Reichspräsident konnte in dieser Lage nach pflichtmäßigem Ermessen zu der Auffassung gelangen, daß es geboten sei, die gesamten staatlichen Machtmittel des Reiches und Preußens in einer Hand zusammenzufassen und die Politik des Reiches und Preußens in einheitliche Bahnen zu lenken. Hieran würde nichts ändern können, wenn die Behauptung Preußens zuträfe, daß die Gefahrenlage zum mindesten zu einem Teil auf die eigenen innerpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung zurückzuführen sei. Von dieser Grundauffassung aus erheben sich die Einwendungen Preußens, daß die Verordnung vom 20. Juli einen Ermessensmißbrauch oder eine Ermessensüberschreitung enthalte.

## Nur die Preußenminister zur Vertretung Preußens befugt.

Der Inhalt der angefochtenen Verordnung, heißt es in der Begründung weiter, ist an sich zulässig, soweit er als eine bloße Verschiebung von Zuständigkeiten, als eine Übertragung von geschäftlichen Befugnissen von der Landesregierung an ein Reichsorgan angesehen werden kann. Dagegen ist er mit der Reichsverfassung nicht vereinbar, soweit durch die Verordnung in andere Vorschriften der Reichsverfassung eingegriffen wird. Art. 17 schreibt vor, daß jedes Land eine freistaatliche Verfassung haben muß, die sich auf der Volkssouveränität aufbaut. Anstelle dieser Landesregierung kann auch vorübergehend kein anderes Organ gesetzt werden. Artikel 63 bestimmt, daß die Länder im Reichsrat durch die Mitglieder ihrer Regierung vertreten werden.

Diese Vertretung im Sinne des Artikels 48, Abs. 2, einem Lande zu erteilen, und sie auf einen Reichskommissar zu übertragen, bedeutet eine wesentliche Vereinträchtigung der Stellung des Landes im Reich und eine dem Wesen des Reichsrates widersprechende Veränderung seiner Zusammenfassung. Hiernach geht es nicht an, einen Reichskommissar als Landesregierung einzusetzen und die verfassungsmäßig bestellten Minister ihres Amtes zu entheben. Die Veränderung läßt sich aber unter dem Gesichtspunkt der Zuständigkeitsverschiebung innerhalb der Grenzen, die sich hieraus ergeben, rechtfertigen. Eine solche Verschiebung der Zuständigkeit erfolgt überall da, wo ein Reichskommissar auf Grund des Art. 48, Abs. 2, zur Ausübung gewisser an sich dem Lande zuständiger Befugnisse eingesetzt wird. Der Wortlaut der Verordnung schließt es auch nicht aus, sie im Sinne einer solchen Zuständigkeitsverschiebung aufzufassen. Es muß die verfassungsmäßige Landesregierung als Organ des Landes selbst bestehen bleiben. Es muß ihr die Vertretung des Landes gegenüber dem Reich insbesondere im Reichsrat und Reichstag wie gegenüber anderen Ländern belassen werden. Auch die verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten gegenüber den anderen höchsten Landesorganen können der Landesregierung nicht genommen werden.

## Beratung des Preussischen Staatsministeriums.

Berlin, 25. Oktober. Wie das „Tempo“ berichtet, hat Ministerpräsident Braun für Mittwoch vormittag 10 Uhr das alte preussische Staatsministerium zu einer Sitzung im preussischen Wohlfahrtsministerium einberufen. Gegenstand der Beratungen sind: Die Stellungnahme zum Leipziger Urteil und die Feststellung der sich hieraus für das Kabinett ergebenden Konsequenzen.

Ob der deutschen Reaktion, die sich so gern auf Friedrich II. beruft, bei diesem Urteil nicht die Anekdote von der Mühle von Soufflot in den Sinn kommt, ob den Funteln nicht die legendären Worte des Müllers in den Sinn kommen, der dem absoluten König troste: Es gibt noch Richter in Berlin! Es scheint, daß es auch in Leipzig noch Richter gibt, daß der Staatsgerichtshof der deutschen Republik, der manche böse Tat auf dem Gewissen hat, dieses selbst denn doch noch nicht ganz auszuschalten bereit ist. Der Herr von Papen war, als der Staatsgerichtshof seinerzeit die einseitige Verfügung, die Preußen beantragt hatte, abgelehnt hat, seiner Sache zu sicher. Er hat im Gefühl der scheinbaren und von einer reaktionären Justiz gerechtfertigten Legalität seiner Diktatur allerhand an Drohungen und Verfassungsdeutun-

(Schluß auf Seite 2)

## Bedenken oder Demagogie?

Die Umbildung der Regierung, die eigentlich nur ein Personenaustausch ist, gibt einigen Leuten Veranlassung, die Frage der Teilnahme deutscher Parteien an der Regierung erneut aufzurollen. Unter ihnen ist eine Betrachtung des Herrn M. K., hinter welcher Chiffer sich der frühere Hauptschriftleiter des nationalsozialistischen „Tag“ verbirgt, hervorzuheben. Er hält dafür, daß jene Parteien, die Nein sagen und grundsätzlich jede Teilnahme an einer Regierung ablehnen, wenigstens bis auf weiteres, eine für das Sudetendeutschtum bessere Politik und Taktik befolgen, als jene, die Ja sagen, ohne dieses Ja an Bedingungen und Voraussetzungen zu knüpfen. Genau gesprochen: so ganz absolut hält Herr M. K. die Politik des Neinsagens nicht für klüger und besser, er stellt nur die „Frage“, ob unter den gegebenen Umständen „der Kurs fortzuführen ist oder ob es nicht politisch klüger ist, eine neue Entwicklung anzubahnen“. Unter dieser neuen Entwicklung versteht er, daß es auch einen Zeitpunkt geben kann, wo an die Stelle des Ja das Nein treten muß, an die Stelle der loyalen Mitarbeit die oppositionelle Festigkeit — doch läßt Herr M. K. die Frage offen, ob dieser Zeitpunkt jetzt schon gekommen ist. Wir müssen geteilt, daß das für einen Nationalsozialisten ein recht verwischener Standpunkt ist. Man weiß nicht recht, ob er Bedenken vorbringt, oder ein bißchen Demagogie treiben will und schließlich verbleibt der Eindring, es sei ihm nur darum zu tun, gegen die deutschen Regierungsparteien verstoßt mit dem Vorwurf zu operieren, sie täten schlecht daran, wenn sie ohne nationale Bedingungen zu stellen, in der ungebildeten Regierung verbleiben. Mut und Offenheit, den Austritt der deutschen Parteien aus der Regierung strikte zu fordern, bringt Herr M. K. nicht auf.

Soweit der Vorwurf des Verzichtes auf Bedingungen für die Regierungsteilnahme an die deutsche Sozialdemokratie gerichtet ist, haben wir darauf zu sagen: es gab einen Zeitpunkt, in dem es verhältnismäßig leicht gewesen wäre, gewisse Bedingungen für den Regierungseintritt deutscher Parteien zu stellen, doch diese Gelegenheit wurde verpaßt. Nach der Zerklüftung der allnationalen Koalition war die Ergänzung der Regierungsmehrheit durch deutsche Parteien für die tschechoslowakischen Parteien ein dringendes Bedürfnis geworden. Die Bildung des Bürgerbündels wäre ohne die zwei deutschen Parteien, Christlichsozialen und Landbündler, unmöglich gewesen. Doch bei diesen überwiegt die frohe Aussicht, an einer sozialistenfeindlichen Regierung, an einer Regierung mit ausgesprochen kapitalistischem Klassencharakter teilnehmen zu können, alle Rücksichten auf die Sicherung der Rechte des Sudetendeutschtums. Die Gefahr einer Wiederkehr der allnationalen Koalition war damals eine verschwindend kleine, die Bildung einer Regierungsmehrheit ohne deutsche Parteien schier unmöglich, dennoch unterließen deutsche Christlichsoziale und Landbündler jeden Versuch, Bedingungen für ihren Regierungseintritt zu stellen und begnügten sich mit der honigsüßen aber nichtsagenden Phrase von den „Gleichen unter Gleichen“. Auch in den fast vier Jahren ihrer Regierungsbeteiligung zeigten sie kein Interesse an irgendwelchen „deutschen Belangen“, dafür um so mehr Interesse an der Förderung der Besitz- und Machtinteressen der tschechischen und deutschen Bourgeoisie, wobei man braucht nur an die Verwaltungsreform und das Gemeindefinanzgesetz zu erinnern, so mancher Recht der deutschen Bevölkerung vor die Hunde ging.

Anders war die Lage nach den Wahlen im Jahre 1929. Der Bürgerblock war wohl geschlagen, aber nicht vernichtend, daß seine

Wiederaufstehung unter allen Umständen abgeschlossen erschien, und deutsche Parteien, zumindest die deutsche Sozialdemokratie, wurden zur Kompletierung einer tragfähigen Mehrheit nicht mehr so unbedingt gebraucht, wie im Jahre 1926. In dieser Situation Bedingungen zu stellen, wäre gleichbedeutend mit dem Draußenbleiben gewesen, was wieder bedeutet hätte: neuer Bürgerkrieg oder neue allnationale Koalition, in jedem Falle aber Schwächung des sozialistischen Einflusses in der Regierung. Das Verhalten der deutschen Parteien, besonders der deutschen Sozialdemokraten mit dem Verhalten der deutschen Christlichsozialen und Landbündler im Jahre 1926 gleichstellen zu wollen, ist daher unsinnig und Demagogie.

Doch nun zu der „neuen Entwicklung“ in der Politik des Sudetendeutschums, von der Herr M. K. — (er meint nicht jetzt, sondern vorsichtigerweise nur: gegebenenfalls) — so viel verpricht. Er sagt, die deutsche Regierungsteilnahme dürfe nur so weit gehen, als sie dem tschechischen Nationalstaate dienstbar und dienlich ist, was ein ungeschriebenes Gesetz der tschechischen Nationalpolitik sei, daher glaubt er, es könne auch ein Zeitpunkt kommen, wo für die Deutschen an die Stelle des Ja das Nein tritt und dieses Nein müsse dann ebenso starr sein, wie das tschechische Nein, das vor uns stehe. Dann werde dieses Nein nicht eine nur verneinende und zerstörende Kraft sein, sondern es werde die Zeit heranreifen, in der es zu einer positiven politischen Kraft werden wird. Das werde der Fall sein, wenn der Staat dieses „Nein“ von einem Drittel seiner Bürger nicht mehr ertragen kann, wenn der Staat auf die Mitarbeit des deutschen Elements nicht mehr verzichten kann, ohne sich ernststen Gefahren auszuweichen. Was an diesen Auslassungen erschauend ist, das ist, daß sie von einem deutschen Nationalsozialisten stammen. Er sagt damit nichts weniger, als daß die Politik des Reinjagens, wie sie gegenwärtig auch von seiner Partei praktiziert wird, eine „nur verneinende und zerstörende Kraft“ ist und daß sie erst später einmal — vielleicht — eine „positive und politische Macht“ werden dürfte. Also eine Politik, die im Augenblick falsch und schädlich, in Zukunft aber — vielleicht — richtig werden wird! Man wird sich dieses Geständnis zu merken haben. Was unsere Politik betrifft, so legen wir allerdings Wert darauf, daß sie den gegebenen und augenblicklichen Verhältnissen angepaßt ist, ohne dabei die Zukunft aus den Augen zu verlieren. Es gilt, das Schädliche, so weit die Kräfte reichen zu verhindern, was sicher eine bessere Arbeit für die Zukunft ist als die Politik jener, die vor lauter Zweifel, ob sie Ja oder Nein sagen sollen, überhaupt nichts tun, keinerlei Verantwortung auf sich nehmen und in der vagen Hoffnung auf einen einmal kommenden Kladderadatsch nur Kraftphrasen produzieren, anstatt Hand ans Werk zu legen und mitzubefahren, wenigstens das Aller schlimmste zu verhindern.

Im übrigen scheint dem Herrn M. K. bei der Entwicklung seiner Ideen selber nicht ganz wohl zu Mute zu sein, denn er kommt zu dem Schluß, es gebe für das Sudetendeutschum beide Möglichkeiten, sowohl die des Ja-sagens wie des Nein-sagens, und er meint, eine unbegrenzte Reinpresse sei auf die Dauer ebensowenig denkbar, wie eine unbegrenzte Japollitik. Wenn er nicht mehr als dies sagen wollte, so hat er offene Türen eingearannt. Der Einladung aber, uns einer sich vorläufig von imaginären Zukunftshoffnungen kümmerlich nährenden Politik anzupassen und nach ihr die augenblicklich notwendigen Tageskämpfe einzurichten, werden wir nicht folgen.

**Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes kommt nach Prag.**

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, H. B. Butler, der gerade jetzt an der in Madrid stattfindenden Sitzung des Verwaltungsrates des I.A.A. teilnimmt, wird auf seiner Rückreise von Prag, das er im Anschluß an die Madrider Beratung besucht, am 10. November d. J. in Prag eintreffen. Er dürfte sich bei ungesähr drei Tage aufhalten. Butler ist der Nachfolger des verstorbenen Direktors Albert Thomas, des hervorragenden französischen Sozialisten und Vorkämpfers einer internationalen Sozialpolitik. Der neue Direktor hat schon einmal die Gelegenheit wahrgenommen, sich auch als Nachfolger der von Albert Thomas vertretenen Ideen und Bestrebungen vorzustellen, namentlich seit der Errichtung des I.A.A. als dessen Vize-Direktor in enger Zusammenarbeit mit Thomas wirkte. Am 1. Oktober hat der Besuch H. B. Butlers nicht nur die Bedeutung eines Höflichkeitsaktes im Rahmen der 1932er internationalen Konferenz zusammengefaßt, die lediglich die Frage der Arbeitslosigkeit behandelte, sondern auch die Gelegenheit wahrzunehmen, auch in dieser Frage Fühlung mit den maßgebenden Faktoren bei uns zu nehmen.

**Der Leipziger Spruch.**

(Schluß von Seite 1)

gen riskiert. Nun bekommt er spät, aber nicht zu spät die Antwort.

Man braucht den Staatsgerichtshof wegen dieses Urteils noch lange nicht als einen Hort der Freiheit, als einen unbedingt verlässlichen Hüter der Verfassung anzusprechen. Sein Urteil bezeugt wohl die ehrenhafte Gesinnung der Männer, die es gefällt haben, zumeist und zuvörderst aber die völlige rechtliche Unhaltbarkeit des Junker-Regimes in Preußen. Wenn das Gericht nur die leiseste Möglichkeit besessen hätte, die Obrigkeit abzuschwächen, die es Herrn von Papen verlesen mußte — es hätte diese Möglichkeit ergriffen. Aber so fascisiert ist denn Deutschland doch nicht, so schamlos keines seiner Gerichte, daß es wagen würde, einfach italienische und ungarische Beispiele nachzuahmen und einen flagranten Rechtsbruch vor der Welt zu verteidigen. Das Leipziger Urteil wird, gerade weil ein Gericht es gefällt hat, dem man republikanisch-demokratische Gesinnung nicht nachsagen kann, vor aller Welt um so mehr ein Beweis für den schändlichen Rechtsbruch sein, den sich die Junkerregierung am 20. Juli geleistet hat.

Das Urteil macht den Putschisten das Zugeständnis, daß sie zur Einsetzung eines

**Schwere Niederlage der Reichsregierung.**

Breitscheid über das Urteil.

Berlin, 25. Oktober. (Eigenbericht.) In einem Artikel des Sozialdemokratischen Pressebüros schreibt Breitscheid über das Urteil des Staatsgerichtshofes u. a.: Die Reichsregierung hat eine schwere Niederlage erlitten. Den zwispaltigen Charakter des Urteils erklärt Breitscheid damit, daß der Staatsgerichtshof offenbar geglaubt hat, nicht alles ungeheuren machen zu dürfen, was seit dem 20. Juli in Preußen geschehen ist und daß er namentlich auch die Stellung des Reichspräsidenten nicht erschüttern wollte. Das ändert aber nichts daran, daß die Entscheidung sich in allem Wesentlichen gegen diejenigen richtet, die den Putschentzug gegen Preußen unternommen haben.

Morgen vormittag hält die alte preußische Regierung Braun-Sebering ihre erste offizielle Sitzung seit dem Staatsstreich vom 20. Juli ab, um ihre Konsequenzen aus dem Urteil zu beraten. Das Urteil führt nämlich notwendig dazu, daß die Reichsregierung mit dem Kabinett Braun-Sebering verhandeln muß, denn nur diese Regierung hat die Befugnis, Preußen gegenüber dem Reich und den Ländern zu vertreten.

Die nächste Konsequenz des Urteils ist die, daß auch die Abmachungen der preußischen Kommissarregierung mit der Reichsregierung über die Auslieferung der preußischen Zentralgenossenschaftskasse an das Reich ungültig sind, denn das Urteil erklärt ausdrücklich, daß die kommunistische Regierung nicht berechtigt ist, für Preußen Staatsverträge mit dem Reich oder anderen Ländern abzuschließen.

Kommissars berechtigt waren. Aber es spricht zugleich die folgenschwere Entscheidung aus, daß der Absatz 1 des Artikels 48 der Reichsverfassung zu Unrecht zur Grundlage der Amtsenthebung gemacht wurde. Damit entzieht es der Papendiktatur den Rechtsboden unter den Dragonertriefeln. Und wenn das Urteil noch zu der Erkenntnis gelangt, daß die kommissarische Vertretung der preußischen Minister nur provisorisch ist, so wird Papen vollends der Stuhl in aller Form Nechten vor die Tür gesetzt.

Das Urteil macht endlich dem unerträglichen Zustand ein Ende, daß die Büttel der Junker das Land Preußen vor dem Reichsrat und dem Reichstag, im Landtag und gegenüber den anderen Ländern vertreten können. Es zeigt, daß es im Rechtsgefühl eine Grenze für jenen Mißbrauch der Demokratie und der Verfassungspapirparaphen gibt, dessen sich Papen seit Monaten schuldig macht.

Wir wollen das Urteil in seinen Auswirkungen nicht überschätzen. Wenn es Recht wider Macht setzt, so wissen wir doch, daß es nicht das erste Mal wäre, wenn die Macht das Recht bräche. Aber in dem Bestreitungskampf der deutschen Arbeiterklasse, in dem Ringen um die zweite Republik wird das Urteil von Leipzig die schärfste moralische Waffe sein!

**21 Parteien bei der Reichstagswahl!**

Berlin, 25. Oktober. Der Reichswahlabschluß hat am Dienstag den Reichswahlvorschlag für die Reichstagswahl am 6. November festgelegt. Von den insgesamt 24 Reichswahlvorschlägen, die diesmal eingegangen waren, wurden 21 zugelassen, u. zw. in folgender Nummernfolge: 1. Nationalsozialistische Arbeiterpartei, 2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, 3. Kommunistische Partei Deutschlands, 4. Deutsche Zentrumspartei, 5. Deutschnationale Volkspartei, 6. Bauernpartei, 7. Deutsche Staatspartei, 8. Christlichsozialer Volksdienst (evangelische Bewegung), 9. Deutsche Bauernpartei, 10. Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund (Landbund), 11. Berechtigtenbewegung Reichner, 12. Großdeutsche Mittelstandspartei für Mittelstandsdiktatur, 13. Sozialrepublikanische Partei Deutschlands (Hörsing-Bewegung für Arbeitsbeschaffung), 14. Nationalistische Arbeiterpartei Deutschlands, 15. Nationale Minderheiten in Deutschland, 16. Nationalistische Partei der Mitte (Handel, Handwerk, Gewerbe, Landwirtschaft, Haus- und Grundbesitzer), 17. Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands (Partei für freiländliche Volkswirtschaft), 18. Freiheitliche Bewegung Schwarz-weiß-rot (Reichsbund der Volkshilfen, Oberhessische, Grenzschutz und Freikorpskämpfer), 19. Deutsche Kaiserpartei, 20. Deutsche Präsidialpartei, 21. Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern.

Die Nummern 7, 10, 13 und 14 bleiben frei für die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, das Landvolk und die Volkspartei, die keine eigenen Reichswahlvorschläge einreichen.

**Nazi-Verleumder abgeblitzt!**

**Die Staaber Hakenkreuz-Schlägerei vor dem Kreisgericht in Pilsen. — Alle Angeklagten freigesprochen.**

Pilsen, 25. Oktober. (Eigenbericht.) Bekanntlich kam es im Vorjahre beim Fackelzug am Vorabend des für den 23. August 1931 in Staab geplanten Gaufestes des Hakenkreuzlerischen „Volkspost“ zu einer ersten Straßenschlägerei, in deren Verlauf es mehrere Schwere- und Leichtverletzte gab. Heute gelangte vor dem Kreisgericht in Pilsen die von der Staatsanwaltschaft erhobene Anklage zur Verhandlung. Sie richtete sich gegen die Staaber Genossen Kunzlik Anton, Ulrich Wenzel und Pantray Johann, und stützte sich im wesentlichen auf die Aussagen einiger Hakenkreuzler. In der heutigen Verhandlung allerdings spielten die seinerzeit in verleumderischen Behauptungen gegen unsere Genossen kühnen Raubübungen eine sehr klägliche Rolle. Auf Grund der hallofen bzw. ungläubwürdigen Aussagen der verschiedenen Belastungszeugen mußte der Richterfenat zur Erkenntnis der Schuldlosigkeit sämtlicher Angeklagten kommen und er fällte demgemäß ein freisprechendes Urteil. So ist es also den Hakenkreuzlern trotz der bewußten und planmäßigen Verleumdung unserer Genossen nicht gelungen, diesen den gewünschten Denkfetzel zu verabreichen.

**Die Anklageschrift**

besagte auf nicht ganz einer Schreibmaschinenseite, daß sich die bereits oben genannten Angeklagten bei dem Fackelzug schuldig gemacht hätten, mit Steinen und Hiegeln auf die im Zuge marschierenden Volkspostleute geworfen und hierbei Josef Ryba und Friedrich Peter, beide aus Staab, verletzt zu haben. Die Anklage stütze sich auf den § 85 des Strafgesetzes.

Die Angeklagten erklärten ohne Ausnahme ihre Unschuld. Hierauf gelangte Josef Ryba als Belastungszeuge zur Einvernahme, der nicht gewiß angeben konnte, daß ihm Kunzlik Anton die Verletzung beigebracht hat. Seine Beschuldigung gegen Kunzlik stütze sich lediglich auf Mitteilungen seiner Parteifreunde Peter Josef und Geier Karl. Er selbst sei angeblich bewußlos zusammengebrochen. Sodann wurde Boith Anna als Zeuge gegen Ulrich Wenzel einvernommen. Auch sie konnte nicht sagen, daß Ulrich mit Steinen in den Zug geworfen hat, jedoch wollte sie bemerkt haben, daß dieser eine würfelförmige Handbewegung ausführte. Auf die Frage des Vorsitzenden, was der Angeklagte Ulrich geschleudert haben kann, wußte sie keine Auskunft zu geben, desgleichen auf die Frage nach der Möglichkeit eines Wurfs.

**Die Verhandlungen Malypetrs**

Prag, 25. Oktober. Die Verhandlungen Malypetrs mit den Koalitionsparteien gingen heute weiter, ohne zu einem Abschluß zu gelangen. Malypetr verhandelte u. a. auch mit den Vertretern der tschechischen Sozialdemokraten Sampl, Belyns und Reifner.

Die nationaldemokratische Parteivertretung hat heute die Klubs zur Fortführung der Verhandlungen ermächtigt, so daß die Gerüchte, wonach die Ersetzung der Nationaldemokraten durch die Gewerkepartei in Aussicht genommen sei, sich wohl nicht bewahrheiten dürften. Die Nationaldemokraten verlangen u. a. die Sicherung der parlamentarischen Spar- und Kontrollkommission.

In der gestrigen Beratung mit der Exekutive der Staatsangestellten hatte Malypetr der Exekutive eine kurze Frist gestellt, um die von ihr vorgeschlagenen anderweitigen Sparmaßnahmen und Abstriche im Budget konkret zu formulieren. Es hat sich nun herausgestellt, daß die Exekutive darauf nicht vorbereitet war, da sie erst heute einen Aufruf an alle Staats- und öffentlichen Angestellten erließ, ihr geeignete Anträge in dieser Richtung einzusenden. Das ist natürlich reichlich spät!

**Der Brüner Jungsturm-Prozess**

geht seinem Ende entgegen.

Brünn, 25. Oktober. Heute wurde die Außenverlesung beendet. Es kamen sodann die militärischen Sachverständigen zu Wort, die erklärten, daß der Brüner Jungsturm eine militärische Organisation sei, die militärische Übungen abgehalten habe. Nach der Einvernahme der Polizeibeamten, die die Hausdurchsuchung bei Cermak vorgenommen hatten, stellten der Staatsanwalt und Verteidiger ihre Beweisansprüche.

Dr. Lohmann beantragte u. a., daß die Gesamtheit in Berlin beim Reichsgerichtshof ein Gutachten über den Jungsturm einholen möge.

Die Anträge der Verteidigung wurden vom Gericht durchwegs abgewiesen. Das Beweisverfahren wurde somit beendet und der Staatsanwalt ergriff dann das Wort zu seinem Plädoyer.

**Die Frairer Talsperre**

in der mährisch-schlesischen Landesvertretung

Brünn, 25. Oktober. Heute wurde in der mährisch-schlesischen Landesvertretung bekannt gegeben, daß von der Regierung an Stelle der ausgeschiedenen Mitglieder Dr. Sonnenstein und Thomas Bata als deren Nachfolger Ing. Storz und Johann Bata ernannt wurden. Genehmigt wurde die Verlängerung des Landeszuschlages zur allgemeinen staatlichen Getränkesteuer für die Jahre 1933—1936. Sodann wurde eine etwas bewegte Debatte über die beiden Vorlagen zum Bau der Frairer Talsperre angeführt, in der für unsere Fraktion Genosse Morgenstern das Wort ergriff, welcher u. a. ausführte:

Der Bau der Frairer Talsperre beschäftigt merkwürdigerweise die Landesvertretung seit langem, und zwar deshalb erst jetzt, weil die breite Öffentlichkeit durch die Nachrichten in der Presse in begriffliche Erregung verriet wurde, daß ganz bedeutende Ueberschreitungen vorgenommen wurden. Es ist ein trauriges Zeichen, daß jene Körperschaften, zu deren Obliegenheiten auch die Durchführung des Baues gehört, erst mehr als zwei Jahre nachher einen Bericht erhalten. Ich möchte die ganze Angelegenheit in zwei Kategorien teilen, in diejenige der Frage der Sicherheit, zu der wir sagen müssen, daß größere Mittel, als veranschlagt, gerechtfertigt werden können. Die zweiten Fragen sind die ausklärungsbedürftigen. Es wird uns berichtet, daß schon bei der Vergebung der Arbeiten der Vorschlag eine Erhöhung von 22 Millionen erfuhr, ohne daß die Landesvertretung die Möglichkeit hatte, hierzu Stellung zu nehmen. Eine weitere Frage ist die des Inventarpaushales von mehr als 16 Millionen, die im Ausschreibungsverfahren nicht enthalten gewesen sein soll. Eine weitere ausklärungsbedürftige Frage ist die der eingehenden Untersuchungskommission. Es berührt sehr eigenartig, daß die vom Landesauschuh eingesetzte Untersuchungskommission zu den Prüfungsarbeiten nicht zugelassen worden ist, woraus wieder einmal mit aller Deutlichkeit zu ersehen ist, daß durch die Verwaltungsreform der Landesvertretung und dem Landesauschuh jedwedes Recht genommen ist. Außerdem wären wir sehr neugierig zu erfahren, inwieweit bei dem früheren Vorschlag die aufgeschickte Rentabilitätsberechnung bei den gewaltigen Ueberschätzungen, die bis jetzt zu verzeichnen sind, noch stimmt. Im Interesse der öffentlichen Moral ist es notwendig, vom Herrn Landespräsidenten zu erfahren, ob die künftigen Gerüchte, nach denen die mit der Rollandierung aller staatlichen Bauten betrauten Beamten ein besonderes Kollaudierungspauschale beziehen, welches in den Bauanwands eingerechnet ist, auf Wahrheit beruhen.

Nach dem Schlußwort des Referenten wurden sodann die Anträge des Landesauschusses auf die wir noch zurückkommen werden angenommen. Die Beratungen wurden sodann am morgen vertagt.



### Wird Frankreich abrüsten?

Paris, 25. Oktober. (Havas.) Die gestrigen Ergebnisse der vorbereitenden Studienkommission des Obersten Verteidigungsrates werden am Freitag dem Nationalverteidigungsrate vorgelegt werden. An demselben Tage wird der Ministerrat definitiv über den Abrüstungsplan entscheiden, der dann am 3. November dem Präsidium der Abrüstungskonferenz vorgelegt werden wird. Die gestrigen Ergebnisse beweisen, daß die Gerüchte über Unstimmigkeiten zwischen der Regierung und dem Obersten Verteidigungsrate irrig waren.

### General Weygand verlangt Strafverfolgung des „Populaire“!

Wie der sozialistische „Populaire“ berichtet, hätte General Weygand, der Oberkommandierende der französischen Armee, in der Tat eine gerichtliche Strafverfolgung gegen das sozialistische Blatt wegen Verunglimpfung der Armee und des Oberkommandierenden gefordert. General Weygand habe sich namentlich darüber geäußert, daß er in seiner Rolle als Zeuge im Skandal der französischen Luftschiffahrt verurteilt worden sei, weil er „vor den Magnesiumblissen der Photographen zurückgewichen sei.“ Diese Behauptung sei eine Verleumdung und eine Beleidigung, denn sie werfe dem General Feigheit vor.

Die gerichtlichen Schritte, die General Weygand nicht nur gegen das Pariser Bruderblatt, sondern auch gegen dessen Leiter, den Genossen Léon Blum, beantragt hatte, sind aber nur aus dem gestauten Zusammenhange der Abrüstungsfrage und der prachtvollen lämpferischen Haltung des „Populaire“ zu verstehen, der übrigens feststellt, daß seit der Dreifuß-Affäre eine ähnliche Einmischung der Militärmacht in die Zivilgewalt nicht mehr vorgekommen sei.

### Neuwahlen in Belgien am 27. November.

Brüssel, 25. Oktober. In einer Kabinettsitzung unter Vorsitz des Königs wurde beschlossen, das Parlament aufzulösen. Die Neuwahlen werden am 27. November stattfinden.

### Der Rückgang des Pfundes.

Der Ende voriger Woche in stärkerem Ausmaß begann, setzte sich am Montag in verstärktem Umfang fort. Das Pfund war am Montag-Abend nur noch 13,81 Schilling in Gold wert gegenüber über 14 Schilling am Samstag. Obwohl vor einigen Monaten ein Valuta-Ausgleichsfonds geschaffen wurde, verzichtete die Bank von England am Montag auf eine Regulierung des Kurses. Es wäre falsch daraus zu entnehmen, daß der Ausgleichsfonds erschöpft wäre. Die Bank von England scheint aber der Ueberzeugung zu sein, daß die maßgebenden Einflüsse auf den Kurs, nämlich die Kapitalbewegungen, auf einen niedrigeren Kurs hinwirken. In der Londoner City wohnt man mit der Möglichkeit eines weiteren Pfundsturzes. In der Bevölkerung ist keinerlei Beunruhigung zu spüren.

### Die österreichischen Sozialdemokraten gegen Devisen-Zwangswirtschaft.

Wien, 25. Oktober. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Freundlich und Appel haben im österreichischen Nationalrat einen Gesetzentwurf eingebracht, der die sofortige und vollständige Aufhebung der Devisenzwangswirtschaft vorschlägt.

### Und für Bankhaltung der Verwaltungsräte.

Wien, 25. Oktober. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben in der letzten Sitzung des österreichischen Nationalrates einen Antrag eingebracht, der verlangt, daß die Bankhaftung auch gegen die Verwaltungsräte ausgedehnt werde. Dieser Antrag ist hauptsächlich gegen Louis Rothschild gerichtet.

### Frankreichs Parlament tagt.

Paris, 25. Oktober. Das französische Parlament tritt heute nachmittags zu seiner Herbsttagung zusammen. Insbesondere die Deputiertenkammer hat ein reiches Programm vor sich. Vor dem Budget, das etwa Mitte November im Plenum der Kammer zur Behandlung gelangen wird, wird die Kammer zahlreiche Interpellationen behandeln. Den Hauptgegenstand der Interpellationen wird die Frage der Abrüstung, das französisch-deutsche Verhältnis und die Frage der interalliierten Kriegsschulden bilden.

### Blutiger Wahlkampf in USA.

Newark (Staat New Jersey), 25. Oktober. (Reuters.) Bei einer Wählerversammlung, in der für die Kandidatur Roosevelts für das Präsidentenamt der Vereinigten Staaten agitiert wurde, kam es zu derartigen Exzessen, daß eine Person hierbei den Tod fand. Als die Menge ein 30 Meter hohes Metallgitter durchbrach, wurden vierzig Personen leicht verwundet. A Smith beschuldigte in seiner gegen die Prohibition gerichteten Rede den gegenwärtigen Präsidenten Hoover, er sei der Führer der Prohibitionsbewegung.

## Tagesneuigkeiten

### Die Tragödie Gertrud Bindernagels.

Noch immer Lebensgefahr.

Berlin, 25. Oktober. Im Zustand der Kammerfängerin Gertrud Bindernagel ist während der vergangenen Nacht keine Besserung eingetreten. Ihr Befinden wird von den Ärzten als leidlich bezeichnet. Sie hat bereits einige Stunden geschlafen. Die Lebensgefahr ist jedoch noch nicht beseitigt, da der Darm zerrissen ist und nach wie vor die Möglichkeit einer Bauchfellentzündung besteht. Der Kräftezustand wird sich noch zwei bis drei Tage hinziehen. Die Regel konnte noch nicht aus dem Körper entfernt werden, was jedoch nach Ansicht der Ärzte keine Rolle spielt. Die Patientin darf nichts essen; sie ist aber seit gestern bei Bewußtsein.

Die Vernehmung des Gatten, Bankiers Hinz, mußte gestern infolge vollständiger Erschöpfung Hinges in später Abendstunde abgebrochen werden. Hinz bestritt, die Absicht gehabt zu haben, seine Frau zu töten. Vielmehr habe er ihr nur einen Denkartel erteilen wollen. Die Untersuchung hat eindeutig ergeben, daß Hinz die Waffe erst am Tage vor der Tat durch einen Bekannten hat nachsehen und reinigen lassen. Die Behauptung Hinges, er sei bei Ausführung der Tat angerrunken und daher seiner Sinne nicht mächtig gewesen, ist durch Zeugenaussagen widerlegt worden.

Hinz ist heute vormittag dem Amtsgericht Charlottenburg übergeben worden.

### Bärenplage in der Slowakei

Ein Heger von einem Bären stolpiert.

Die slowakischen Behörden haben vor einiger Zeit die Jagd auf Bären verboten. Dieser Erlaß wurde damit begründet, daß die Bären in der Slowakei aussterben. Nun haufen aber in den Wäldern von Turcaja viele Bären, die großen Schaden anrichten. Verschiedentlich ist es vorgekommen, daß die Bären Schafe anfallen und sie zerreißten. Als das Treiben der Bären unerträglich wurde, beschloß die Bevölkerung der drei Gemeinden Slowakisch-Pröben, Rudnej und Jelenovec, eine Expedition gegen die Bären zu entsenden, um diese Viehräuber zu vertreiben. In den Wäldern dieser Gemeinden treiben sich sieben Bären in einem Rudel herum, so daß die Bewohner unbewaffnet nicht einmal die Wälder betreten dürfen. Die Expedition wurde also veranstaltet, aber durch den Erlaß des Landesamtes war eine Jagd unmöglich und die Bewohner bemächtigten sich nur mit Haden. Bei dieser merkwürdigen Jagd fielen drei ältere Bären eine kleinere Gruppe der nur mit Beilen bewaffneten Bauern an und ein älterer Heger, der nicht rechtzeitig die Flucht ergreifen konnte, wurde von einem Bären im wahrsten Sinne des Wortes stolpiert. Nach diesem Vorfall verzichteten die Bauern auf ihr ohnehin aussichtsloses Unternehmen und wandten sich telegraphisch an das Landesamt und bitten nun, die Jagd auf die Bären mit Gewehren aufnehmen zu dürfen. Die Bevölkerung traut sich weder auf die Felder noch in die Wälder aus Furcht von den Bären angefallen zu werden.

### Hinrichtung von Spionen

in Polen ein alljährliches Ereignis.

Warschau, 24. Oktober. Vor dem Standgerichte in Rowno fand heute die Verhandlung gegen vier Mitglieder einer Spionageorganisation statt, die zwischen Sowjetrußlands gearbei-tet hatte. Das Gericht verurteilte die vier Angeklagten zum Tode durch den Strang. Da das Gnaden-gesuch der zum Tode Verurteilten abgelehnt wurde, fand die Hinrichtung sechs Stunden nach der Urteilsverkündung im Gefängnis von Rowno statt.

### Ziehung der Klassenlotterie

20.000 K: 173  
5.000 K: 10.483, 11.402, 14.816, 19.415, 26.108, 47.490, 47.893, 57.345, 58.301, 87.343, 96.174, 103.141  
2.000 K: 4.390, 5.159, 9.197, 9.741, 10.005, 10.863, 14.370, 18.530, 19.249, 28.881, 29.369, 33.500, 42.984, 43.757, 45.209, 47.525, 48.411, 52.163, 53.742, 55.831, 58.233, 64.942, 69.548, 72.113, 77.863, 78.310, 78.630, 82.613, 85.166, 89.446, 89.934, 93.456, 95.145, 97.220, 100.825, 103.286, 103.365, 104.147  
1.200 K: 440, 1.385, 2.804, 2.980, 6.028, 7.730, 8.391, 11.035, 11.498, 20.468, 23.148, 23.577, 27.310, 30.748, 33.941, 38.969, 45.698, 47.088, 48.086, 51.907, 54.066, 57.780, 58.068, 62.395, 63.298, 66.155, 72.097, 79.577, 90.878, 97.190, 98.116, 104.891.

Hutra, der Fortschritt! Was hat uns in dieser Zeit, da tausende Schreibmaschinen stillstehen und ebenso viele Schreibmaschinenmängel hungern, verzwweifeln, verkommen, noch gefehlt? Gesucht hat uns „der Parameter an der Schreibmaschine“. Das ist eine sinnreiche Zählapparatur, die, wie versichert wird, an jeder Schreibmaschine angebracht werden kann. Jeder Buchstabenanschlag wird gezählt. Vorher wird natürlich vom Unternehmer das zu leistende „Pensum“ mit der Stoppuhr festgestellt, dann wird der Zähler eingeschaltet und am Abend kann verglichen werden, ob das „Pensum“ erreicht wurde oder nicht. Wenn nicht, dann kann das Mädchen mit dem

Fortschritt und mit seinem Hunger haushieren gehen. Bewiß, eine sehr sinnreiche Erfindung dieser Schreibmaschinenzähler, gewiß, ein Fortschritt in der Rationalisierung — aber ebenso ein verhängnisvoller Schritt für tausend Mädchen, die über das festgelegte „Pen-sum“ in die Arbeitslosigkeit stolpern werden. Die vollkommen zugrunde und auseinander-rationalisierte Welt sieht einem Leichenfeld sehr ähnlich, aus dem die Knochen der Gefallenen hervorragen. Ueber diesem Gefilde schwebt die Maske der Reaktion und des Faschismus, auf diesem Gefilde aber geht nach wie vor der kapitalistische Fortschritt spazieren, der Fortschritt mit der Stoppuhr in der Hand.

Wiener Schuhmachergenossenschaft sozialdemokratisch geführt. Montag fand die Wahl des Vorstandes der Wiener Schuhmachergenossenschaft statt, bei der die Liste der bisher amtierenden Koalition in dieser Genossenschaft gewählt wurde, nämlich der Sozialdemokraten, des christlichen Verbandes der Schuhmachermeister und der Christlichsozialen. Sie erhielt 2007 Stimmen, während die sogenannte nichtpolitische oppositionelle Liste Polornys und der Nationalsozialisten 2070 Stimmen erhielt. Zum Vorstand der Genossenschaft wurde der Sozialdemokrat Urbánel gewählt.

Ferien-Aktion der Deutschen Landeskommission. Durch das besondere Engagement der „Erholungspflege deutscher Kinder im Auslande“ konnte die Deutsche Landeskommission in Böhmen in der Zeit vom 8. September bis 18. Oktober 90 Kinder im St. Johann-Kinderheim in Riendorf, Ostsee und 35 Kinder im Seehörsitz Kaiserin Friedrich in Rorderney, Nordsee, einem sechs-wöchigen Erholungs-aufenthalte zuführen. Mit Rücksicht auf den hierländischen Schulbeginn wurden fast ausnahmslos der Schule bereits entwachsene Kinder bis zu fünfzehn Jahren, zur Hälfte Knaben, zur Hälfte Mädchen, aus dem Ergebirge und aus dem Goblouzer, Reichenberger und Friedländer Bezirke ausgewählt, deren Gesundheitszustand infolge der besonderen Kostlage der Ernährer nach dem ärztlichen Gutachten unbedingt einer Kräftigung bedurfte. Die wunderbaren Herbsttage am Meer, der lange Aufenthalt in den schönen, modernen Heimen, die liebevolle Betreuung, die äußerst reichliche und nahrhafte Kost taten ihre Wirkung: draungetrunken und gekräftigt, mit Gewichtszunahme bis zu 9 Kilogramm und mit unergiebigen Eindrücken lehrten die Kinder heim — bis auf eines, ein Kind aus dem Ergebirge, dem auch die sorgfältigste Pflege und Betreuung keine Heilung seines schweren Lungenleidens mehr zu bringen vermochte. Hier kam die Hilfe zu spät. Es starb im Kinderhospital in Lübeck am 9. Oktober, Kinder der Heimat begleiteten es zum frühen Grabe.

31. Oktober schulfrei. Der Unterrichtsminister ordnete an, daß ausnahmsweise im Schuljahre 1932/33 der 31. Oktober aus pädagogischen und Erziehungsründen an allen Volks-, Bürger-, Mittel- und Fachschulen, die dem Unterrichtsministerium unterliegen, als schulfreier Tag erklärt wird.

Arbeitslose marschieren. Wie bereits gemeldet, sind etwa 2000 bis 3000 Arbeitslose, darunter etwa 50 Frauen, aus verschiedenen Gegenden Englands auf dem Marsche nach London, um dort für ihre Forderungen im Unterhause zu manifestieren. Es werden in der britischen Hauptstadt am 26. Oktober erwartet.

Der andere eine Grube gräbt... Der Untersuchungsrichter, welcher mit der Untersuchung der Beschwerde des französischen Luftfahrministers in der Frage des Luftfahrtskandals beauftragt ist, beschuldigte nach ganztägigem Verhöre den Direktor der Fluggesellschaft „Aeropostale“, Bonillouz-Lafont, der durch seine vorerst erhobene Klage die ganze Angelegenheit in Ruß gebracht hat, er hätte auf Grund von falschen Dokumenten, von deren Unrichtigkeit er überzeugt gewesen sein konnte, aber möglicherweise auch überzeugt war, den hohen Staatsbeamten Chamie und den Verwalter einer anderen Fluggesellschaft, Weiler, der Teilnahme bezichtigt. Die Skandalaffäre hat sich nun vollkommen gegen ihren Urheber gewendet.

Hecker und Geschäftsmann. Die polnische Regierung hat ihren Hecker Maciejcki abgebaut. Maciejcki behauptet, daß er durch Ausübung seines Berufs gesundheitlich geschädigt worden sei; er verlangt deshalb von der Regierung einen Schadenersatz in Höhe von 200.000 Mark.

Alkoholmord. In Cadern (Ostpreußen) erschlug ein Fleischergehilfe den 24-jährigen Sohn eines Gastwirts. Der Fleischergehilfe hatte sich, alkoholisch stark anmirt, mit einem Kollegen gestritten; der Gastwirtssohn war hinzugekommen, um Frieden zu stiften.

Selbstmord eines Bürgermeisters. Aus Wien wird gemeldet: Der 57-jährige Bürgermeister der Gemeinde Mistelbach, Ignaz Reuge-schwandner, hat sich im Garten seines Wohnhauses erhängt.

Haubmord im Flugzeug. Die katholische Agentur „Aides“ in Rom berichtet von einem ihr aus China gemeldeten Fall des dortigen Räuberhauptmanns. Während ein Flugzeug oberhalb der Stadt Jangtung (?) flog, stürzte aus ihm der Leichnam einer Frau. Die Leiche wurde an Ort und Stelle begraben. Später erfuhr man, daß die Frau, die 10.000 Dollars bei sich hatte, von zwei Banditen, die sämtliche Passagiere des Flugzeuges sowie den Piloten

### Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen. Donnerstag.

Frage, 6.15: Gymnastik, 11: Schallplatten, 18.25: Deutsche Sendung: Ing. Hiele: Landwirtschaft, 19.20: Lustspiel, 20.40: Tanzmusik, 21.30: Konzert, 22.20: Klavierkonzert. — Brünn, 18.25: Deutsche Sendung: Schallplatten, 19.20: Turnuhr der Welt, Spiel. — Freiburg, 19.30: Orchesterkonzert, 18.25: Klavierkonzert. — Berlin, 18.55: Kammermusik, 19.10: Chorgesänge, 24: Orchesterkonzert. — Breslau, 20: Volklieder. — Hamburg, 19.30: Blasorchester, 20.40: „Bataillon 18“, Drama. — Königsberg, 18.50: Wandelliedern- und Gitarrenkonzert, 20.05: Arien aus Handels Opern. — Langenberg, 20.45: Paganini, zum 150. Geburtstag, 22.30: Das neue Gedicht in der Musik. — Wien, 20.40: Orchesterkonzert.

mit Revolvern bedrohten, beraubt und getötet wurde. Die Banditen warfen sodann den Leichnam der Frau über Bord des Flugzeuges, sprangen mit einem Fallschirm ab und flüchteten.

Ein kühner Raub. In der stark belebten Dammtorstraße in Hamburg wurde Dienstag nachmittags kurz vor 15 Uhr von einem Manne die Ladenscheibe eines Juwelergeschäftes mit einem Stein eingeschossen. Der Täter rief ein Taktisch mit Schmutzfächern, zumeist Brillantierungen, im Gesamtwerte von 15.000 bis 20.000 Reichsmark an sich und ist mit seiner Beute auf dem Fahrrad entkommen.

Selbstfänger. Vor der 11. Strafkammer des Landgerichts III. Berlin, begann am Montag unter Mitwirkung von Dolmetschern, die sich vermutlich über längere Zeit erstreckende Verhandlung gegen die russischen Selbstfänger Ramonoff, Keldoff, Wassiljoff u. a. Den Angeklagten, die nur durch internationale Zusammenarbeit der europäischen Polizei gefaßt werden konnten, wird Fobrelisation und Verbreitung von falschen 50-Dollar-Noten und falschen 100-Pfund-Noten zur Last gelegt. Die Dollar-Fälschungen tauchten zuerst in Stockholm auf. Als erster Ausgeber wurde ein gewisser Pahl ermittelt und bald darauf verhaftet. Pahl verriet seine Hintermänner, die Angeklagten. Ebenso konnte der Ursprung, der offenbar auf ähnliche Weise hergestellten 100-Pfund-Noten rasch festgestellt werden: die Berliner Handelsgesellschaft hatte die Sätze von einem Ministerialdirektor im Reichsinnenministerium, dieser aber hatte sie von dem Angeklagten Keldoff erhalten. Keldoff hatte für die Beschaffung von gewissen Dokumenten einen Vorschuß ausgezahlt bekommen, den Vorschuß aber dann zurückzahlen mußten. Weil er sich vom echten Geld nicht trennen wollte, gab er falsches. Dafür sitzt er jetzt auf der Anklagebank in Moskau und erklärt nun, daß er die falschen Noten von einem Vertrauensmann des englischen Geheimdienstes in Paris erhalten haben will. Der mitangeklagte Kunstmaler Jwan Wassiljoff hat den beiden anderen Angeklagten falsche Pässe angefertigt. Wassiljoff war im zirkarischen Kuglan ein hochangesehener bekannter Künstler — aber schon er über ein Millionenvermögen verfügte, führte er ein unleserliches Künstlerleben: oft zog er monatelang mit einem Wandergitarre durch die Welt. Bei Ausbruch der russischen Revolution floh Wassiljoff nach Deutschland. Seitdem lebt er völlig verarmt in Berlin.

Rauschgiftschmuggler. Die Polizei in Warschau verhaftete in dem dort eingelangten Berliner Schnellzug zwei Führer einer Rauschgiftschmugglerbande.

Auto-Diebstahl. In der Nacht auf Dienstag wurde aus dem verschlossenen Hofe der Olmüher Zweigniederlassung der Tatra-Werke ein Sechswagenwagen, dreiwächtig, mit der Fahrgestellnummer 1924, Motornummer 11.613, Erzeugungsnummer 100.089, im Werte von 80.000 K gestohlen.

Auto und Eisenbahn. In Narxien unweit Paris ließ beim Ueberqueren einer Eisenbahnstrecke ein mit Benzinfässern beladener Kraftwagen gegen einen in die Strecke passierenden Eisenbahnzug. Bei dem Zusammenstoß entzündete sich das Benzin, es erfolgte eine Explosion und das ganze Automobil stand sofort in hellen Flammen. Das Feuer dehnte sich auch auf die Waggons des Eisenbahnzuges sowie auf drei in der Nachbarschaft stehende Häuser aus, von denen eines durch das Feuer vollkommen in Asche gelegt wurde. Der Chauffeur des Kraftwagens verbrannte.

Archäologische Funde bei Pilsen. In den letzten Tagen wurden im Gebiete von Pilsen neue bemerkenswerte archäologische Funde gemacht. In der Nähe von Pilsen auf dem Weissen Berge wurde bei der Anstodlung eines Gartens eine ausgedehnte Begräbnisstätte entdeckt. Es handelt sich um fünf Gräber der älteren Hallstätter Periode etwa aus dem Ende der ersten Hälfte des ersten Jahrtausends vor Christi. Es handelt sich dabei um Feuerbestattungen. In allen Gräbern befinden sich Liebesgaben in Gefäßen. Die Funde wurden in fast unberührtem Zustand in das Pilsener historische Museum gebracht. Diese Funde stammen aus der jüngsten Epoche der Grabhügelfurtur in Westböhmen. Ein weiteres interessantes Grab wurde unweit von Tuzna bei Pilsen entdeckt. Es handelt sich um ein großes Gefäß, auf welchem sich außer dem üblichen Götterbild ein plastisches Götterbild als Verzierung befand, der erste Fall eines derartigen Ornamentes in der Grabhügelfurtur. Zuletzt wurde die Burgstätte auf einem Hügel unweit des Dorfes Scheiben-Rodisch bei Belsitz untersucht. Es handelt sich um eine ausgedehnte Burgstätte aus dem 5. oder 4. Jahrhundert vor Christi. Es ist die vierte derartige Burgstätte, die bisher in Westböhmen festgestellt wurde, aber sie überragt die übrigen durch ihre Ausdehnung.

### Photo gegen Staatserhaltung.

Es gibt ein Schutzesgesetz, und darin einen § 24. Absatz 2, demgemäß sich strafbar (Strafe 50 bis 10.000 K und fast von acht Tagen bis drei Monaten) macht, wer die Sicherheit des Staates bedroht, indem er „ohne amtliche Genehmigung“ eine Beschreibung, Skizze, einen Plan oder ein Bild irgend einer zur Verteidigung der Republik dienenden Einrichtung oder Vorrichtung anfertigt.

Das ist gewiß klar und eindeutig; eine nähere Erklärung dazu zu geben, erscheint ganz überflüssig, denn jedermann muß eben erkennen, was eine zur Verteidigung des Staates dienende Einrichtung oder Vorrichtung ist. Wer's nicht weiß, zahlt drauf, denn nach § 3 kündigt Unkenntnis des Gesetzes und der mit diesem verbundenen Schutzvorrichtungen und -vorkehrungen des Staates nicht vor Strafe. Also hat sich vor nicht zu langer Zeit eine altehrwürdige Lokomotive des Böhm.-Leipziger Heizhauses in ein Schutzbild verwandelt; und dem sie konterfeien Photographen einige Wochen Haft und Verurteilung gebracht und ebenso hat sich ab 7. Oktober das alte Schloß in Teichon an der Elbe, von dessen hohen Türmen die lieben Raubritter seligen Andenkens noch die auf der Elbe reisenden Kaufleute drangsalieren, in ein Schutzbild allerersten Ranges und modernster Einrichtung verwandelt, einfach dadurch, daß es von der Militärbehörde in Besitz genommen wurde.

Jetzt wird in diesen Mauern der heitere Soldatenstand erzogen, jetzt mußten darum vornehmlich Touristen die Photoapparate beschlagnahmt werden als corpora delicti, die geeignet sind, die Sicherheit des Staates und des mit ihm verbundenen Militärstandes empfindlich zu zerstören. Späher beiseite, die Sache ist eigentlich todernt; wildtötende Menschen werden plötzlich in Hochverrats-Affären verwickelt, auf Grund des Schutzesetzes wird vom Innenministerium Befehle an die Gendarmereidivisionen gegeben, was alles nach Ansicht der Sorgen belasteten Bürokratie geeignet ist, die Sicherheit des Staates zu gefährden, niemand auf dieser weiten demokratischen Welt erfährt von diesen Maßnahmen und wenn es einem der diensthabenden Gendarmen paßt, dann kann aus einem Bibliothekar auf fünf Monate ein Hochverräter werden, der monatelang in Untersuchungshaft sitzt und niemals erraten kann, warum. Dieses inquisitorische System unter Ausschluß der Öffentlichkeit kann dem Staat nicht helfen, schadet seinem Ansehen empfindlich, diese Maßnahmen sind leider nicht nur lächerlich, sondern auch sehr schädlich!

—101.

### Die sozialen Gegenfälle im Apothelergewerbe.

Die Besitzer als Klassenkämpfer von oben.

Zonntag, den 23. Oktober, tagte in Bodenbach die heutige Hauptversammlung des Verbandes deutscher angestellter Apotheker unter dem Vorsitz des Verbandsobmannes Herrn Feider.

Unter den Gästen befanden sich u. a. Abg. Benasch, Schweißbart und Senator Benzl sowie Ober-Gewerkeinspektor Ing. Syfara als Vertreter des Sozialministeriums. Etwas eigenartig mutete die Anwesenheit von Vertretern gewisser Firmen an, von denen auch einige Geldbeträge für den Verband spendeten, wofür ihnen Dank gesagt wurde. Der Verbandstag beschäftigte sich eingehend mit „Standesfragen“, d. h. den wirtschaftlichen Interessen der Apothekerangestellten. Diese leiden nicht wenig unter der Ausbeutung der Apothekerbesitzer, die sich nicht einmal zu ernstlichen Verhandlungen einfinden und jedesmal Entgegenkommen verweigern lassen. Der Führer des Verbandes deutscher Apotheker ist Herr Zintl in Marienbad. Als ungünstig für die Angestellten wurde das Konzeptionswesen, die übermäßig starke Zucht von Aspiranten und der Mangel an sozialen Einrichtungen bezeichnet. Die Löhne und Arbeitsverhältnisse in den Apotheken sind vielfach schlecht. Der Schaffung einer gesetzlichen Gehaltsklasse zugunsten der Apothekerangestellten leben die sozialen Besitzer härtesten Widerstand entgegen. Das Sozialministerium für soziale Fürsorge hat einen diesbezüglichen Gesetzesentwurf bereits ausgearbeitet, den aber die Besitzer ablehnen, obgleich in Österreich mit einer derartigen Einrichtung für das gesamte Apothelergewerbe die allerbesten Erfahrungen gemacht wurden. Dort herrscht, wie ein Vertreter aus Wien ausführlich darlegte, wirkliche Ordnung im sozialen Sinne des Wortes. Die Apothekerbesitzer wollen partout eine Erhöhung der Löhne haben, ehe sie sich zu irgend einer Konzession herbeilassen wollen. Da freiwillig von ihnen nichts zu haben ist, muß nun die Frage im Gesetzwege gelöst werden. Das Wirken des Sozialministeriums Genossen Dr. Czsch wurde sehr lobend hervorgehoben. Um die Angestellten kleinanzuliegen, haben die Apothekerbesitzer man auch die Kündigung des Kollektivvertrages beschlossen. Das sind, wie mit Recht gesagt wurde, die Klassenkämpfer von oben, die den Angestellten noch beibringen werden ihren Klassenkampf auch mehr klassenmäßig zu führen. (Bäder war Univ. Prof. Billiak ihr Vermittler). Die meisteigen haben Aussicht, selbständig zu werden, sie bleiben ihr Leben lang „besette“ Angestellte, die bei vorgerücktem Alter erbarmungslos auf Pfahler schießen. Ihre sozialen Los ist von dem teurer Proletariat gar nicht wesentlich verschieden. Die vorhandenen Zustände wurden mit Recht als unhaltbar und untragbar bezeichnet. Wie sehr die Apothekerangestellten auch unter der Wirtschaftskrise leiden, zeigt die Tatsache, daß von den über 50.000 K betragenden Einnahmen des Verbandes über 17.000 K für Unterhaltungen an arbeitslose Mitglieder

der ausbezahlt wurden. Infolge der ungünstigen Finanzlage des Verbandes wurde der Anschluß an eine größere Organisation angesetzt.

In einer Entschließung wurden die Forderungen der angestellten Apotheker zusammengefaßt und die Hoffnung ausgesprochen, daß es mit Hilfe der befreundeten Parteien gelingt, die berechtigten Forderungen im Parlamente durchzusetzen.

## Niccolo Paganini.

Zum 150. Geburtstag des großen Geigers am 27. Oktober 1932.

Von Edwin Janetschek (Prag).

„Ich habe einen Engel im Adagio fingen hören“, rief Franz Schubert, der deutsche Liederkönig, begeistert aus, als er Paganini spielen hörte. Dieses Urteil eines bedeutenden zeitgenössischen Meisters über den großen italienischen Geiger ist für die Nachwelt von höchster Wichtigkeit. Denn es zerstört die falsche Meinung, die sich mehr und mehr in der geschichtlichen Erinnerung an Paganini festgesetzt hat, als ob er nur ein Virtuosenmeister der Technik seines Instrumentes gewesen wäre, — ohne Herz und Gefühl. Mit dieser irrigen Ansicht tut man Paganini ebenso unrecht, wie mit der Verneinung seines schöpferischen Talentes als Komponist.

Seine berühmten „Capricen“ für Solovioline vor allem und seine Violinkonzerte zeigen Paganini nämlich als durchaus ernst und voll zu nehmenden Tondichter, der nicht nur um des Jocos willen und für die Effekte seines Instrumentes komponierte, sondern der in seinen Werken auch geistig-inhaltlich etwas zu sagen hatte. Es spricht ja sicher auch für den musikalischen Wert der Paganinischen Kompositionen, daß sie die größten schaffenden Meister der Tonkunst — ich nenne nur Robert Schumann, Franz Liszt und Johannes Brahms — zu Bearbeitungen anregten. Der zuerst Genannte, der den Ruf des größten Violinkonzertisten seiner Zeit genoss, hat Paganinis bedeutendes schöpferisches Talent auch kritisch wiederholt und in anerkannter Weise festgestellt. So schreibt er unter anderem just über die erwähnten „Capricen“: „Paganini selbst soll sein Kompositionstalent höher anschlagen, als sein eminentes Virtuosen-genie. Kann man auch, wenigstens bis jetzt, hierin vollkommen einstimmen, so zeigt sich doch in seinen Kompositionen und namentlich in den Violincapricen, die durchgängig mit einer seltenen Frische und Leichtigkeit empfangen und geboren sind, so viel Demantstaltiges, daß die reichere Einfassung, welche das Pianoforte erbeischie, dies eher fest als verflüchtigen möchte.“ Die Nummer 2 halte ich übrigens für besonders zart und schön und sie allein für hinreichend, Paganini eine erste Stelle unter den neueren italienischen Komponisten zu sichern. Kretzschmar (eines von den vielen Pseudonymen Schumanns als Kritiker seiner „Zeitschrift für Musik“) nennt ihn hier einen italienischen Ström, der sich auf deutschen Boden mündet.

Daß Paganini wegen seiner unerhörten Violinkunst sogar ernstlich verdächtig wurde, mit dem Teufel im Bunde zu stehen, offenbar folgendes kstliche Distorchen, das Hermann Ungert in seiner „Musikgeschichte in Selbstzeugnissen“ mitteilt.

„Als Paganini zu Köln die Generalprobe für sein Konzert abhielt, bot ihm eines der älteren Orchestermitglieder eine Prife an. Paganini wollte die Höflichkeit erwidern und füllte die Dose des anderen aus der eigenen, indem er bemerkte, daß es tähter Pariser (Tabak) sei. Mit einer verlogenen Dankung entfernte sich der Beschenkte, lernte indes, sobald ihn Paganini nicht mehr beobachteten konnte, den Inhalt seiner Dose aus, weil man bei der Kameradschaft dieses Mannes mit dem Gottscheideus doch nicht wissen könne, was es mit dem Tabak für eine Verwandnis habe.“

Will man ein richtiges Bild von dem Virtuosen Paganini haben, dann muß man Urteile seiner Zeitgenossen über ihn und seine Kunst lesen. Das interessanteste und ausführlichste darunter ist vielleicht jenes des großen deutschen Lyrikers Heinrich Heine, weil es auch die äußere Erscheinung und das Benehmen Paganinis auf dem Konzertpodium eingehender Betrachtung unterzieht. Der Dichter schrieb noch dem Hamburger Konzert des Künstlers im Jahre 1829: „Nachdem man mit religiöser Stille geraume Zeit gewartet hatte, kam endlich auf der Bühne eine dunkle Gestalt zum Vorschein, die der Unterwelt entstieg zu sein schien. Das war Paganini in seiner schwarzen Gala: der schwarze Rock und die schwarze Weste von einem entzücklichen Zuschnitt, wie er vielleicht am Hofe Proferpina von der höllischen Eiferthe vorgezeichnet ist, die schwarzen Hosen ängstlich schlüßternd um die dünnen Beine. Die langen Arme schienen noch verlängert, indem er in der einen Hand die Violine und in der andern den Bogen gefaßt hielt und damit last die Erde berührte, als er vor dem Publikum seine unerhörten Verbeugungen ausstrakte. In den eckigen Krümmungen seines Leibes lag eine schauerliche Dolertheit und zugleich etwas närrisch Tierisches, daß uns bei diesen Verbeugungen eine sonderbare Lust anwandeln mußte. Aber sein Gesicht, das durch die grelle Orchesterbeleuchtung noch leidenschaftlicher leuchtete, hatte alsdann so etwas Liebendes, so etwas blödsinnig Demütiges, daß ein grauenhaftes Mitleid unsere Lust niederdrückte. Hat er diese Komplimente einem Automaten abgetermt oder einem Gunde? Ist dieser blühende Bild der eines Totkranken oder lauter dahinter der Spott eines schlauen Geistes? Ist das ein Lebender, der im Verleiden begriffen ist und der das Publikum in

Kenntzeichnend war die Aufforderung an die Angestellten, gewisse Manipulationen bei der Verabreichung von Medikamenten nicht mehr mitzumachen.

Die Apothekerbesitzer hätten wirklich alle Ursache, ihre durchaus reaktionär-kapitalistische Haltung zu ändern, nicht nur gegen ihre Angestellten, denn es gibt glücklicherweise Mittel, sie zur Reize zu bringen.

der Kunstarena, wie ein sterbender Fieberer, mit seinen Zuckungen ergötzen soll? Oder ist es ein Toter, der aus dem Grabe gestiegen, ein Vampyr mit der Violine, der uns, wo nicht das Blut aus dem Herzen, doch aus jedem Fall das Geld aus den Taschen saugt? — Das waren Melodien, wie die Nachtigall sie flötet in der Abenddämmerung, wenn der Duft der Rose ihr das abnende Frühlingsherz mit Sehnsucht berauscht. Das waren Töne, in deren bodenlosen Untiefe weder Trost noch Hoffnung glimmte.“

Auch Robert Schumann, der früher schon einmal jütierte große deutsche Musikromantiker, hat sich über den Virtuosen Paganini kritisch ausgesprochen. An einer Stelle seiner „Gesammelten Schriften über Musik und Musiker“ schreibt er: „Wenn man Beuztempo (berühmter Geiger 1820—1881) nennt, kann man wohl an Paganini denken. — Als ich diesen zuerst hören sollte, meinte ich er würde mit einem nie dagewesenen Ton anfangen. Dann begann er und so dann, so klein! Wie er nun lodert, kaum sichtbar seine Wagnerzeiten in die Massen wirft, so schwanken diese herüber und hinüber. Run turt die Ringe wunderbarer, verschlungener, die Menschen drängten sich enger; nun schnürte er immer fester an, bis sie nach und nach wie zu einem einzigen zusammenschmolzen, dem Meister sich gleichmütig gegenüber zu stellen, als eines vom andern von ihm zu empfangen.“

Wenn Seine sich in seinen kritischen Betrachtungen über Paganini zur Bezeichnung eines „schlauen Geißhölles“ bestimmen ließ, folgte er sicher nur der damaligen öffentlichen Meinung. Daß der Meister bei seinem Tode ein Vermögen von einer und einer halben Million Mark hinterließ — für seine Zeit eine ganz ungewöhnlich große Summe — ist sicher eine Bestätigung seiner Neigung zum Geiz.

Auch das fürstliche Geschenk von 20.000 Franken, mit dem er den berühmten französischen Komponisten Hector Berlioz in schwerer materieller Bedrängnis unterstützte, ändert nichts daran. Berlioz hat über seinen Dankbesuch bei Paganini selbst ausführlich berichtet. Dieser Bericht offenbart übrigens schöne menschliche Züge des großen Geigenvirtuosen, die für die Erkennung seines Charakters wichtig sind. „Ich traf ihn (Paganini)“, schreibt Berlioz, „allein. Du weißt, daß er seit ungefähr Jahresfrist vollständig die Stimme verloren hat und daß man ihn ohne die Hilfe seines Sohnes kaum verstehen kann. Als er mich sah, stürzten ihm Tränen in die Augen, und ich selbst hielt sie nur kampfhaft zurück. Ja, er hat geweint, dieser wilde Menschenfresser, dieser „Frauenmörder“, dieser „freigelegene Galeerensträfling“ und wie man ihn sonst noch zu nennen beliebt: er vergoß heiße Tränen, als er mich umarmte. „Sprechen Sie nicht davon (von seinem Geldgeschenk), ich verdiene keinen Dank. Es war die aufrichtigste Freude und die tiefste Genugtuung meines ganzen Lebens. Sie haben mich durch Ihre „Phantastische Sinfonie“ ergriffen, wie ich es nie geseht. Sie haben die gewaltige Kunst Beethovens fortgeführt.“

Paganini begann seine künstlerische Laufbahn schon als Wunderkind. In der strengen Zucht des Vaters, eines feinen Kaufmannes, mußte er seine Kinderjahre der Kunst und ihrer mühsamen technischen Erlernung opfern. Der Vater unterrichtete ihn auch selbst im Mandolinenspiel und legte den Grund zu der außerordentlichen Kunstfertigkeit, die Paganini später auch als Gitarrespieler auszeichnete. Daß der Violinvirtuose gerade der Gitarre besonders zugewandt war, beweisen zahlreiche Kompositionen Paganinis für Gitarre.

Zur künstlerischen Würdigung des großen Weigers Paganini gehört als besonderer Abschnitt auch die Würdigung seines Instrumentes, das ja der notwendige Reiter seines unerhörten Ruhmes war. Die Geige Paganinis ist heute im Besitz der Stadt Genua, die sie, gleich einer kostbaren Reliquie, in einem in einer Mauer-nische eingelassenen Glaskasten verschlossen, im Palazzo municipale aufbewahrt. Die Guarneri-Paganini, der sie beinahe ausschließlich spielte, er nannte sie selbst keine „Kanon“, zeichnete sich besonders durch einen metallreichen und kraftvollen Klang der S-Zaite aus. Der Künstler soll das Instrument einst von einem begeisterten Dilettanten zum Geschenk erhalten haben. Nach einer anderen Version soll Paganini beispiellose Fertigkeit im Vom-Blatt-Spielen ihm bei einer Wette diese wunderbare Guarneri-Geige eingetragten haben. Der Meister hat sein geliebtes Instrument testamentarisch seiner Vaterstadt Genua vermacht. Joseph Guarnerius del Gesù genöh vor 1820 noch keinen besonderen Ruf als Geigenbauer. Paganini war es, der ihn der Bergeffenheit entriß und bald in Mode brachte, ähnlich wie der Geiger Vêriot den Geigenmacher Paolo Maggini. Die Geige Paganinis wurde nach seinem Tode nur sehr selten gespielt. Zum erstenmal geschah dies durch Paganinis einzigen Schüler, den berühmten Virtuosen Camillo Sivori, im Jahre 1864.

## Gerichtssaal

### Kristallische und proletarische Tauben.

Prag, 24. Oktober. Eine gewöhnliche Diebstahl-Durchschnittsliste kostet an die 20 K. Aber auch unter diesen Geschoffen gibt es außer dem gewöhnlichen Proletariat blaublütige und edle Geschlechter. — Nicht unter 200 K würde ich meine „Kamertauben“ hergeben — und da nur in die Hand eines Kenners! — so rief der Baumeister A. erregt vor dem Bezirksrichter aus. Baumeister A. ist ein fanatischer Taubenzüchter und Besitzer einer Villa in Kozdol.

Sein Nachbar B., gleichfalls ein Baumeister, ist ein ebenso eingeleiteter Taubenfreund. Die Tauben der beiden Besitzfolgen, Nachbar A. und Züchter hielten ebenso gute Freundschaft, wie ihre Herren. Sie flogen in gemeinsamen Scharen und trafen gemeinsam, wenn haben oder drüben gestillt wurde.

Baumeister B. glaubte zu bemerken, daß die römischen Riestauben seines Nachbarn ihm allzuviel Zitter wegtrügen. Außerdem nagte der Verdacht an ihm, daß ihm der Nachbar einige seiner schönsten Exemplare gemauert habe. Eines schönen Tages, als die gefährlichen Riestauben sich wieder mit seinem Kufuruz die Kröpfe füllten, fing er acht Stück dieser Kristalltauben nebst einer gewöhnlichen plebejischen Taube, tat sie in einen Korb, setzte sich ins Auto und fuhr nach Prag, um sich durch Verkauf der Brut für deren Gefährlichkeit schadlos zu halten.

Baumeister A. erfuhr davon, überzeugte sich telephonisch bei der Polizei, daß sein Nachbar tatsächlich Verzehrungssteuer für neun Tauben erlegt hatte und jagte ihm im 80 Kilometer-Tempo nach. Einen Gendarmen hatte er gleich mitgenommen und so kam der Baumeister B. wegen Uebertretung des Diebstahls vor das Bezirksgericht. Wert des Streitgegenstandes: 1620 K (20 K für den Taubenplebejer, je 200 K für das edle Viehzeug). — Der Angeklagte wandte ein, daß es sich um eine „Viehpfändung“ handle, wegen des unredmähigen Futterverlaufs. Doch an dem Tatbestand ließ sich nicht denken. Er hätte von der „Pfändung“ seinem Nachbar Anzeige erstatten und Schadenersatz verlangen müssen, nicht aber fremdes Gut zu Markte tragen. So bekam denn der Herr Baumeister, Villenbesitzer und Taubenzüchter wegen Uebertretung des Diebstahls drei Tage Arrest bedingt mitteilt.

### Liebe und Geld.

Der „singierter“ Kaufvertrag.

Prag, 25. Oktober. Wenn Amor und Monnon in Konflikt geraten, ergeben sich Fälle wie dieser vor dem Senat des OHR Toman verhandelt.

Der Inhaber einer Tischlerei hatte für seine totkranke Frau eine Krankenschwester engagiert und verliebt sich in die Pflegerin. Die Frau starb und der Reichman war noch nicht erkrankt, als der Witwer der Pflegerin schon den Antrag stellte, zu ihm zu ziehen und mit ihm in gemeinsamer Haushaltung zu leben. Sie ging auf den Vorschlag ein. Um sie fester an sich zu binden, wollte der Witwer nach seiner Behauptung ihr die Hälfte seiner Liegenschaft überschreiben. Da er aber die mit einer solchen Schenkung verbundenen Uebertretungsgeschäften erproben wollte, wurde (so behauptet er) ein singierter Kaufvertrag aufgesetzt, nach welchem er „pro forma“ und „unwahrerweise“ den Empfang eines Kaufpreises von 30.000 K quittierte und für dieses Entgelt die Hälfte seiner Liegenschaft abtrat. Dies ist die Darstellung des Tischlermeisters.

Das Zusammenleben dauerte nicht allzu lange. Es kam zu Zwistigkeiten; der Witwer begann eine „richtige“ Frau zu suchen und seine bisherige Lebensgefährtin zu verabschieden. Diese brachte nun eine Räderstatungsklage auf die von ihm quittierten 30.000 K ein, wobei sie den Sachverhalt ganz anders schilderte.

Es handelte sich keineswegs um einen „singierten“, einen vorgekauften Kaufvertrag. Im Gegenteil, sie habe ihre ganzen Ersparnisse (eben jene 30.000 K) in den Betrieb gesetzt, ihrem Lebensgefährten die Abzahlung seiner Geschäftsschulden ermöglicht und dafür den Anteil an dem Haus übertragen erhalten. Die Darstellung des Partners ist nur ein plummes Täuschungsmanöver. Sie beschwor diese Klage vor dem Zivilgericht und eine Freundin, mit der sie damals belammengewohnt hatte, bestätigte unter Zeugeneid die Wahrheit dieser vorgebrachten Tatsachen und erklärte, sie sei selbst bei der Auszahlung dieser 30.000 K zugegen gewesen.

Angeichts dieser einander widersprechenden Aussagen wurde die Verhandlung vor dem Zivilgericht unterbrochen und der Akt der Staatsanwaltschaft abgetreten, welche untersuchen sollte, ob hier nicht eine falsche Zeugenaussage vorliege. Dem Staatsanwalt schien der Verdacht gegeben und so befand sich die Krankenschwester samt ihrer Freundin heute auf der Anklagebank. Sowohl die Angeklagten als auch der Hauptzeuge beharrten auf ihren Aussagen und beide führten eine Menge Umstände an, durch die bewiesen werden sollte, daß der andere Teil sich finanziell als Ausbatter betätigt habe. Der Tischler erklärte übrigens, die Angeklagte „überaus geliebt“ zu haben. Aber die Liebe reicht eben in dieser Welt nur bis zum Geld. Schließlich wurde die unappetitliche Auseinandersetzung vertagt.

„Freundschaft“  
ber Kalender  
der Arbeiterkinder  
gehört in jede proletarische Familie!

# PRAGER ZEITUNG.

## Für das Prager Deutsche Theater.

### Rede der Genossin Deutsch in der Landesvertretung.

Bei der Beratung des Landesbudgets brachte Genossin Deutsch die Forderungen des Prager Deutschen Theaters zur Sprache.

Von der Herabsetzung des Subventionssatzes der böhmischen Landesregierung ist auch das Prager Deutsche Theater mit 45.000 Kronen betroffen. Bis zum 31. August 1933 ist die Subventionssumme vertraglich festgelegt. Der Abschluß des neuen Vertrages ist noch nicht getätigt. Die Vertragsverhandlungen zwischen dem Theaterverein und dem Landesauschuss stehen unmittelbar bevor. Die Festsetzung der Subventionssumme für das Deutsche Theater kann nur das Ergebnis dieser Verhandlungen sein. Solange der neue Vertrag nicht etwas anderes bestimmt, ist der Zuschuß für das Deutsche Theater in der bisher üblichen Höhe zu belassen. Es ist strittig, ob es angeht, so pauschalierter im Zuge der Herabsetzung auch das Deutsche Theater zu berücksichtigen. Wenn es geschehen ist, so müssen wir dagegen protestieren. Wir können dieser Regelung nicht zustimmen, weil damit ein Präjudiz geschaffen werden könnte, für die neuen Vertragsverhandlungen eine Bindung abgeleitet werden könnte, und es nicht gut angeht, die Finanzverhältnisse des Landes, wie sie sich in einem Reijahr gestalten, zur Grundlage eines Vertrages, der sich über 10 Jahre erstrecken soll, zu nehmen. Es ist ja nicht ausgeschlossen, daß sich im nächsten oder übernächsten Jahre die wirtschaftliche Situation und die finanzielle Lage des Landes bessert und sie günstiger gestaltet. Man spricht ja oft von einer wiederkehrenden Prosperität der Wirtschaft in den nächsten Jahren. Ich beantrage, der Landesauschuss möge so schnell wie möglich die Verhandlungen über einen Vertrag mit dem Neuen Deutschen Theater einleiten.

Das Deutsche Theater verhält sich trotz der Ungunst der Verhältnisse, seinen traditionellen guten Ruf sich zu erhalten, seinen Platz in den Reihen der erstklassigen Bühnen zu behaupten. Es geht heute wieder einer künstlerischen Renaissance entgegen.

Die künstlerische Leitung behauptet eine Höhe wie zu den besten Zeiten des Deutschen Theaters in Prag. Das wird ja auch von tschechischer Seite allgemein anerkannt. Es hat auch für die tschechische Bevölkerung Bedeutung, wenn eine deutsche Kunststätte von Rang und Wert in Prag ist und um Anerkennung für die Bedeutung der Kunst im Ausland wirbt. Das Deutsche Theater in Prag ist nicht nur für uns ein teures Kulturgut, es muß auch ihnen etwas bedeuten, so wie das tschechische Nationaltheater auch für viele Deutsche eine Stätte der Erhebung und geistigen Bereicherung ist. Die Stellung zur Kunst ist ein Kulturzeug für das geistige Niveau zweier Völker.

Anlässlich der Ehrung Verhart Hauptmanns im Penklub hat Professor Oskar Fischer die Worte gesprochen: Die Sendung der Kultur ist übernational. Er hat die tiefen Beziehungen betont, die deutsche und tschechische Kunst miteinander verbinden. Diese Stimme der Kultur und geistigen Freiheit, die wir mit Freude vernommen haben, sollen wir sie nur hören an hohen geistigen Feiertagen? Soll sie nicht gegenwärtig sein als Mahner zu allen Zeiten und überall, auch auf dem Boden, auf dem die harten Tatsachen erliegen? Wenn Sie sich hinter Prof. Oskar Fischers Worte stellen und die übernationale Sendung der deutschen Dichtkunst anerkennen, dann müssen Sie auch die übernationale Sendung der Bühnenkunst und der deutschen Bühnen anerkennen und bemühen sich unter Deutsches Theater in Prag nicht zum Kampfbild vornehmen. Unser Kampf um die Anerkennung des deutschen Kulturgutes wird immer in dem Maße gipfeln: Geben Sie uns die kulturelle Autonomie und wir werden unsere deutschen Theater selbst versorgen, wir werden uns selbst kümmern um unsere deutsche Kunst und Wissenschaft und selbst die Gelder aufbringen zur Erhaltung unserer kulturellen Einrichtungen. Dann wird es nicht mehr vorkommen, daß deutsche Kulturinstitute barben müssen, wie es in der Gegenwart geschieht.

**Die Generalversammlung der „Freien Vereinigung sozialistischer Akademiker“** fand am Donnerstag, den 20. Oktober statt. Genosse Bloch erläuterte Bericht über die Gruppenaktivität im vergangenen Jahre. Als wichtigstes Ereignis hob er die Eröffnung des Heimes hervor und dankte noch einmal allen Genossen, deren Beiträge die Errichtung des Heimes ermöglicht hat. Die Gruppe kann im vergangenen Jahre 51 eigene Veranstaltungen aufweisen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß sich viele Mitglieder an den Veranstaltungen der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der sozialistischen Jugend beteiligten. Die bedeutendsten dieser Veranstaltungen waren die öffentlichen Vorträge des Genossen Hugo Illis über „Klassenkampf und Klassenkampf“, des Univ.-Prof. Dr. Engländer über „Löhne und Preise in der Krise“ und der gemeinsam mit dem „Verein der deutschen sozialdemokratischen Ärzte“ veranstaltete Vortrag des Genossen Prof. Lauder über „Krieg und Wirtschaft“, ferner die Diskussionsabende mit der deutschen Rede- und Besprechungsgruppe der „Liga für Menschenrechte“ und mit der „Marxistischen Arbeitsgemeinschaft“. Dem nordwestböhmischen Bergarbeiterzweig galt einer der wichtigsten Diskussionsabende, an dem sich über 60 Mitglieder beteiligten. Während der Weihnachts-, Oster- und Sommerferien wurden von den Mitgliedern Skizzen bzw. Wanderungen veranstaltet. Das Verhältnis zu den tschechischen sozialdemokratischen Studenten war das denkbar beste; außerdem ist noch die Mitarbeit der Vertreter der Freien Vereinigung an dem aus den Vertretern der tschechischen sozialdemokratischen Studenten, der tschechischen nationalsozialistischen Studenten, der kommunistischen Studenten und der Freien Vereinigung zusammengesetzten Aktionsausschuss sozialistischer Studenten zu erwähnen, dessen erster praktischer Erfolg die erwirkte Ausdehnung der Bekämpfung der Militärdienstzeit auf die vor 1933 entlassenen, aber erst 1933 oder später den Militärdienst antretenden Studenten war. Weiter berichtete Genosse Bloch über den Verlauf und die Ergebnisse des vor wenigen Tagen stattgefundenen Kongresses der „Internationalen sozialistischen Studentenorganisation“. Die Genossen Hübner und Fanti begründeten die Generalversammlung im Namen der sozialistischen Jugend Prags. Genosse Dr. Schwelb im Namen der Bezirksorganisation Prag der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Genosse Illis erläuterte sodann Bericht über die Tätigkeit der Vertreter der Freien Vereinigung in der deutschen Studentenführung. Nach dem Rapportbericht, aus dem ein starkes Ansehen der Mitgliederzahl der Freien Vereinigung im vergangenen Jahre ersichtlich war, wurde dem Ausschuss und den einzelnen Funktionären das Abschlussummum erteilt. Darauf schritt man zur Wahl des Ausschusses. Zum Obmann wurden einstimmig Genosse Raimund Willimel gewählt. Sodann ersetzte Dr. Franzel das Referat über „Die Aufgaben der sozialistischen Studenten“. Er sprach von den sozialpolitischen Aufgaben der sozialistischen Studenten als Vertretern des proletarischen Elementes in der Studentenschaft, von den Aufgaben der Studenten innerhalb der Arbeiterbewegung schließlich von der Bedeutung der Antilettischen für die Fortbildung der marxistischen

Theorie und für einen künftigen Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Nach dem mit starkem Beifall aufgenommenen Referat überbrachten die Genossen Kerner und Schmid der Generalversammlung die Grüße der tschechischen sozialdemokratischen Studenten und sprachen sich unter stürmischem Beifall für eine Vertiefung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen beiden Gruppen aus. Es folgte eine kurze Debatte über das Referat des Genossen Dr. Franzel, in der einige interessante Fragen aufgeworfen wurden. Nach dem Schlußwort des Genossen Franzel wurde die Versammlung geschlossen. Wieder liegt ein Jahr intensiver Bildungs- und Werberarbeit hinter uns, große Aufgaben harren noch ihrer Lösung. Genossen an der Hochschule, tretet ein in unsere Reihen und helfet mit den Gedanken des Sozialismus, dem Glauben an eine bessere Gesellschaftsordnung auf dem Boden der Hochschule zum Siege zu führen. A.

## Kunst und Wissen

**Theaterkunst im Kunstverein für Böhmen (II, Petrosska 12).** Die Ausstellung Prof. Pirchans, des Ausstattungscheff im Prager Neuen deutschen Theater, ist ab Donnerstag 9 Uhr allgemein zugänglich. Sie enthält gegen 200 Entwürfe Pirchans zu Opern, Schauspielen, Balletten usw.

**„König Roger.“** Der Komponist Karol Szymanowski, ein Pole, ist in den europäischen Konzertsälen als Symphoniker nicht unbekannt. Seine jetzt in Prag mit großem Erfolg aufgeführte Oper gefällt vor allem durch die absolut zu wertende Musik, die jedem Programmgedanken fern steht und durch wunderbare Instrumentation große Klangeffekte erzielt. Die Themen sind sehr phantasievoll erfunden und frei durchkomponiert, der erste und zweite Akt hat dramatische Momente, während der letzte ganz den Eindruck eines lyrischen Symphonieclaves erweckt. Inhaltlich ist das Werk nicht ganz gelückt; es behandelt den Zwiespalt zwischen einem afrikanischen Herrscher, dem sein Volk durch einen leidenschaftlichen Hirten zu dionysischem Leben verführt wird. Da auch sein Weib der neuen Lebenslehre folgt, haben wir ihn im Schlusssatz als verlassenen Wanderer, der dann auch durch eine phantastische Erscheinung der Lebensfreude gewonnen wird. Die Ausführung unter Ostřil's Leitung war musikalisch ganz einwandfrei, die Chöre tadellos einstudiert; die Solisten sind allerdings im Vergleich mit dem Niveau des Neuen Deutschen Theaters reichlich stimmlos und abgebraucht; nur Frau Kordens zeigt wie immer sehr geschultes Material. — w! —

**Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.** Mittwoch, halb 8 Uhr: „Schwarze rote Ritzchen“ (S I). — Donnerstag, halb 8 Uhr: „Cavalleria rusticana“, „Bajazzo“ (S I). — Freitag, 6 Uhr: „Die Weiserfinger von Nürnberg“. — Samstag, halb 8 Uhr: „Der Kuh vor dem Spiegel“, Ensemblegastspiel: „V Dagover“ — Ernst Deutsch (H. A.). — Sonntag, halb 3 Uhr: „Im weißen Rößl“ (S. B.); halb 8 Uhr: „Der Kuh vor dem Spiegel“, Ensemblegastspiel: „V Dagover“ — Ernst Deutsch (H. A.).

**Spielplan der Kleinen Bühne.** Mittwoch, 8 Uhr: „Weekend“. — Donnerstag, 8 Uhr: „Coeur-Pube“, Bouffanten II. — Freitag, 8 Uhr: „Kalkutta, 4. Mai“, Kulturverbandsfreunde. — Samstag, 8 Uhr: „Weekend“. — Sonntag, 8 Uhr: „Kina“, 8 Uhr: „Dreimal Oskarbach“, Festvorstellung anlässlich des sozialdemokratischen Parteitags.

## Sport • Spiel • Körperpflege

**Wiener Arbeiterfußball.** In der Liga konnte BSKWV über den bisher ungeschlagenen und führenden Arbeiterverein einen hohen Sieg erringen. Delfori kam dadurch an die Spitze. Die Ergebnisse: BSKWV gegen Zentralverein 5:1 (3:0), Helfort gegen Weidling 1:0 (0:0), Nord-Wien gegen Red Star 2:0 (0:0), Ostbahn Stammering gegen Floridsdorf 3:1 (2:0), Phönix Schwedat gegen Volkshilfe 2:0 (0:0), Rudolfshöhe gegen Feuerwehr 0:0. — Erste Klasse: Gruppe Nord: Stammering gegen Landströper Sportfreunde 2:2 (1:2), Columbia gegen Donau 5:1 (2:0), Hochstift gegen Olympia 2:0 (1:0), Donaufeld gegen Auto 3:1 (0:0), Rudorf gegen Neu-Rettenhof 3:3, Gruppe Süd: Zentral gegen Union 1:0 (1:0), Virtus gegen Ostbahn Favoriten 1:1 (0:1), Germania gegen Walfert u. Schindler 1:1 (1:1), Fab. WC gegen Reform-Kicker 3:0 (2:0), Phönix gegen WAF 2:1 (0:0), E-Werke gegen FC 33 3:1 (1:0).

**Kleinbühnen-Arbeiterfußball.** Bezirk Dresden: Eintracht gegen Radeberg 2:0, Weißen gegen Ebbau 2:1, Roditz 09 gegen Heidenau 2:1, Bistritz gegen Romzig 2:1, Kleinmündorf gegen Kesselsdorf 4:4, Romzig gegen Pieschen 1:3, Cotta gegen Sömmeritz 4:0, Helios gegen Lohmütz 3:2, DSB 15 gegen Radeberg 5:2. — Bezirk Chemnitz: Sachsen gegen Pirken 5:0, Ring gegen Germania 1:1, Rapid gegen SVE 3:3, Vornwärts gegen Heil 4:1, Glauchau gegen Grünau 1:1, Favorit gegen Fortuna 5:3, Oberbach gegen Eppendorf 3:3, Eintracht gegen Lauta 1:1. — Bezirk Leipzig: VfL Südwest gegen Sportbrüder Lützenhain 2:3, Großhändler gegen Nord 4:3, West 09 gegen KSK Grimma 4:2, Südost gegen Eithra 1:1, Thessa gegen Schönefeld 3:1, Pagan gegen Freisch auf Wargen 1:1, Sportlust 09 gegen Amateure 3:1.

**Wiener Arbeiter-Handball.** Der Bundesmeister Stadlau verlor den ersten Punkt an Feuerwehr und hatte dabei noch Glück. Das Treffen endete 6:6; bis zur Pause führte Feuerwehr 5:3. Anferbrotfabrik schlug Hünthaus 9:8; Nord-Wien gegen Cislarting 5:4; Margareten gegen Heldenhof 2:2; Wödling gegen Floridsdorf 5:6. Es waren dies die letzten Meisterschaftsspiele der Turnerhandballer (1. Klasse). — Frauen: Dölling gegen Heidenau 1:0. — Außerdem fand ein Auswärtsspiel der Turnerhandballer statt: A-Team gegen B-Team 4:4 (2:3).

**Der Wiener Herbstwettbewerb.** durchgeführt am Sonntag vom Wiener Arbeiter-Turnverein, brachte 355 Läufer und Läuferinnen an den Start. Die Veranstaltung leistete wieder gute Propaganda für die Arbeiterleichtathletik. Die wichtigsten Ergebnisse: Mannschafsläufen (3000 Meter): 1. Zentralverein 9:20.8 Min., 2. Schwimmverein 10:08 Min. — Einzelbewerbe: 1500 Meter für Jugendsportler: 1. Tomanel (Vandlstraße) 4:28.6 Min.; 3000 Meter für Sportler: 1. Gebhardt (Rudolfshöhe) 9:25.2 Min.; 500 Meter für Sportlerinnen: 1. Salzmann (Margareten) 2:33.4 Min.

## Bürgerlicher Sport.

### „Friede“ zwischen Tschekoslowakei und Italien.

Der Skandal — oder „Konflikt“ schreiben die Bürgerlichen — „Stavia-Subventus“ und die damit verbundenen Folgerungen haben ein Ende gefunden. Auf einer letzten Sitzung der CSAG mit den tschechischen Sportjournalisten hatte man auch eine Deputation gewählt, die im Außenministerium zwecks ökonomischer Abhilfe seitens der Tschechen intervenierte, aber dort erfuhr, daß die Antwort der Tschechen vollkommen genüge. Und damit wurde der von neuem entfachte „Kummel“ abgeblasen. Am letzten Sonntag war sogar ein Vertreter des tschechischen Fußballverbandes in Prag, der den tschechischen Sportjournalisten den Standpunkt seines Verbandes darlegte. In der tschechischen Presse — die deutsch-bürgerliche schreibt darüber nichts; angeblich, um seine „Nekrose“ für das kommende Länderspiel zu machen! — berichtet man darüber u. a. folgendes: Der Satz wurde „willkommen“ geheißen und hervorgehoben, daß die Tschechen nicht von Hof gegen die italienischen Sportler erfüllt ist. Der tschechische „erzählte“ wiederum, daß er während des Weltkrieges an der italienischen Front mit den tschech. Legionären „kämpfte“ und sich dort von der großen tschechischen Qualität der Tschekoslowaken überzeugt habe. Dies und noch anderes haben dazu beigetragen, daß über diese Versammlung „amisch“ u. o. folgendes bekanntgegeben wurde:

„Die italienische Fußball-Föderation verliantbart zu dem Gefühl der tschech. Fußball-Assoziation, daß sie nicht in Fragen eingreifen oder sich aussprechen könne, die die Grenzen des sportlichen Feldes überschreiten, da dies nicht in ihre Kompetenz falle. Die italienische Föderation ist glücklich, daß sie wieder von neuem die herzlichen sportlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten bekräftigen kann.“

So, und jetzt kann das Geschäft beginnen! Trii verteilt und beschwört man sich — gegenseitig, bitte! — und zum Schluß ist man „glücklich“ und freut sich auf die neuen „herzlichen“ Beziehungen. Sport ist gleich Geschäft, Sport ist gleich Förderer des argen Chauvinismus und Nationalismus. Lachende

werden in dem kommenden „Spiel“ vielleicht wiederum den Faschistengruß beifügen oder auch ausbleiben. Lachende sagen: Sport hat mit Politik nichts zu tun, Wirklich nicht? Lachende werden die neue „Krone“ der Sparta bewandern, mit Trabanten und Tummelgang, aber sich wenig darüber den Kopf zerbrechen, ob das ein würdiger Rahmen für Fußballspiele ist. Richter sich die bürgerliche Sportbewegung nicht selbst, wenn sie solche „Spiele“ errichten muß, die den spanischen Stierkämpfern sehr ähnlich sehen? Scham empfindet wohl niemand mehr: man lachelt darüber — aber nicht denken!

## Aus der Partei

### Jugendbewegung.

**Sozialistische Jugend Prag.** Heute um 20 Uhr im Heim am Rügnerplatz erster Bericht vom Kongress der Jugend-Internationale. Jugendgenosse Karl Deutsch spricht über „Arbeiterjugend und Demokratie“. Pünktlich kommen! Eingeführte Gäste willkommen.

**Freie Vereinigung soz. Akademiker — S. II.** Heute, Mittwoch, besuchen wir alle die Betanstellung unseres Kreises über „Jugend und Demokratie“. Referent Genosse K. M. Deutsch. Beginn 8 Uhr, Sec. Hüperowo nam. 4. — Die Vertrauensleute (Christl, Goldmann, Schulz, Zanderl, Kohler, Kretel, S. Kohn) treffen einander um 17 Uhr in der Sec. zu einer wichtigen Besprechung. — Alle Mitglieder der Kreisleitung werden ersucht, sich vor Beginn des Diskussionsabends zu einer kurzen Besprechung einzufinden.

## Literatur

**Metallarbeiter-Kalender 1933.** Ein unentbehrlicher Begleiter für jeden Metallarbeiter ist der Metallarbeiter-Taschenkalender für das Jahr 1933, der über alle arbeitsrechtlichen, wirtschaftspolitischen und wirtschaflichen Fragen für die Metallarbeiter Auskunft gibt. Daneben enthält der Kalender noch ein reichhaltiges Verzeichnis aller wichtigen Adressen von Kammern und Arbeiterinstitutionen. Es ist selbstverständlich, daß auch für alle Arten von Notizen hinreichend Raum vorhanden ist, so daß der Kalender jedem Metallarbeiter sehr willkommen sein wird. Dieser Taschenkalender ist zum Preise von 5 K von Internationalen Metallarbeiterverbände in Komotau, Bessingstraße 23, oder dessen Verwaltungsstellen zu beziehen.

**Bergarbeiterkalender 1933,** herausgegeben von der Union der Bergarbeiter, 19. Jahrgang, Preis 5 K, Verlag: Union der Bergarbeiter, Turn, Hauptstraße 128. — Der bekannte Bergarbeiterkalender enthält nebst einem Kalendarium und dem Bericht über die Tätigkeit der Union der Bergarbeiter wieder eine Reihe von Besetzen, Auszügen aus Besetzen und Entscheidungen der obersten Gremien, die den Bergarbeiter interessieren sowie zahlreiche Aufsätze aus dem Gebiet des Kohlenbergbaues. So eine zusammenfassende und außerordentlich instruktive Darstellung der Weltkohlenwirtschaft sowie der Kohlenwirtschaft in der Tschekoslowakei und schließlich allgemeine wirtschaftliche Aufsätze und Angaben. Der Kalender ist ein unentbehrliches Handbuch für jeden Bergarbeiter, wird aber auch sonst demjenigen, der mit dem Kohlenbergbau zu tun hat, wie Gewerkschaftssekretären, unseren politischen Sekretären und unseren Redakteuren vorzügliche Dienste leisten. G. St.

**Henry R. Stanley: „Mein Leben.“** Billige Vollausgabe. Mit vielen Vollbildern. Verlag von Friedrich Reinhardt in Basel. In seinen 380. Diese Selbstbiographie übertrifft jeden Roman an Bildhaftigkeit und Spannung. Das wirkliche Leben erweist sich hier als atemberaubender und abenteuerlicher als die phantastischste Dichtung. In diesem Leben, mit Schicksalsgeschwindigkeit „gelebt“ — wela ungläubliche Wandlungen des Schicksals vom fast zu Tode gerührten Waienhäufel bis zum größten Erforscher des dunklen Erdteils und Gründer des Kongostaates; welcher Wechsel des Schauspielers vom walisischen Dorf bis ins Gemmel der Weltstädte und wieder in das schweizerische Grabs wölbe afrikanischen Urwalds; vom Schlachtfeld des amerikanischen Bürgerkrieges und vieler anderer Kämpfe in aller Welt bis ins englische Parlament und auf den stillen Landstrich bei London. Welche Fülle scharf gezeichneter Personen von allen Schattierungen amerikanischer und europäischer Kultur bis zum Kraker und nackten Kannibalen! Der Berufsaufbau aber, dieses einzigartige Lebensbild zu zeichnen, ist unzweifelhaft Stanley selbst, und er hat es hier ganz meisterhaft getan. Mit enormer Gedächtniskraft und eindringender Psychologie hat er vor allem auch seine ungewöhnlich harte und abenteuerliche Jugendzeit geschildert. Seine ganze reiche innere Entwicklung enthält sich uns treu und offen. Mit Recht wird Stanley der größte Entdecker, den die Erde seit Christoph Columbus gesehen hat, genannt; ebenso groß wie der Entdecker Stanley ist aber auch der Mensch Stanley, und seine glänzend geschriebene und dabei wirklich wohlfeile Selbstbiographie sollte Anerkennung verdienen.

**In das Heim des Klassenbewußten**  
Arbeiters gehört d. Zentralorgan.  
der Deutschen sozialdemokr. Arbeiterpartei  
„Sozialdemokrat“